

## A3 TINklusive Hochschulen

Antragsteller\*in: Philipp Läufer (Grüne Jugend Berlin Mitte)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Hiermit möchte ich den Antrag stellen, dass wir uns für TINklusive Räume an den  
2 Berliner Hochschulen aussprechen.

3 Trans\*, inter\* und nicht-binäre Menschen (abgekürzt TIN) werden an den Berliner  
4 Hochschulen immer noch diskriminiert. Seit Jahren setzen sich verschiedene  
5 studentische Vereinigungen ein, um die feindlichen Strukturen zu ändern. Die  
6 Student\*innen werden dabei in ihrer Entfaltung und Möglichkeit des  
7 Wissenserwerbs eingeschränkt. Die Universitäten betonen nach außen immer wieder  
8 ihre Diversität und Offenheit, jedoch resultiert dies nicht in konkrete  
9 Maßnahmen. Das Berliner Hochschulgesetz verpflichtet die Unis, sich aktiv gegen  
10 jegliche Art der Diskriminierung einzusetzen und wir sollten den Druck von  
11 politischer Seite aus erhöhen!

12 Aktuell ist eine Änderung von Namens- und/oder Geschlechtseintrag an den meisten  
13 Hochschulen erst nach einer amtlichen Änderung im Personenstandsregister  
14 möglich. Dies erfolgt derzeit entweder über ein Verfahren nach dem  
15 Transsexuellengesetz (TSG) oder nach §45b des Personenstandsgesetzes (PStG).  
16 Diese Verfahren werden scharf kritisiert, denn beide sind langwierig und das  
17 Verfahren nach TSG mit beträchtlichen Kosten verbunden. Außerdem sind die  
18 Verfahren diskriminierend, pathologisierend und teilweise verfassungswidrig.  
19 Deshalb sind sie nicht für alle TIN Personen zugänglich oder möglich. Die  
20 Hochschulen müssen reagieren und TIN Personen eine selbstbestimmte Namens- und  
21 Personenstandsänderung unabhängig von einer rechtlichen Änderung durch TSG oder  
22 §45b PStG ermöglichen!

23 Wir müssen eine niedrighschwellige Änderung von Namen und Personenstand für alle  
24 Studis ermöglichen! Zurzeit werden TIN-Personen oftmals mit ihren Deadnamen  
25 (falsche abgelegte Geburtsnamen) im System der Hochschulen eingetragen, was  
26 beispielsweise zu Problemen bei Teilnahmelisten für Kurse und  
27 Hochschulmailadressen führt.

28 Auch außerhalb der Hochschule kommen TIN Personen immer wieder in schwierige und  
29 unangenehme Situationen, wenn beispielsweise der Name auf ihrem Zeugnis nicht  
30 mit dem Namen in der Bewerbung übereinstimmt und sie gezwungen sind, sich vor  
31 einem\*einer potenziellen Arbeitgeber\*in zu outen.

32 Diese Situation stellt für viele TIN Personen eine extreme psychische Belastung  
33 dar.

34 TIN Studierende und Mitarbeiter\*innen müssen selbstbestimmt darüber entscheiden  
35 dürfen, ob und wenn ja, wann, wie und wo sie sich wie outen wollen!

36 Die konkreten Forderungen:

37 1. Ein unterschriebener Antrag reicht zur Änderung des Namens- und/oder  
38 Geschlechtseintrags!

39 2. Die Regelungen für die Änderung von Namens- und/oder Geschlechtseintrag in  
40 den Datenbanken der Hochschulen sind berlinweit einheitlich und transparent!

- 41 3. Eine reibungslose Änderung von Namens- und/oder Geschlechtseintrag wird nicht  
42 nur in internen, sondern auch in externen Dokumenten der Hochschule ermöglicht!
- 43 4. Es wird maximale Selbstbestimmung und Flexibilität bei der Änderung von Namen  
44 und/oder Geschlechtseintrag ermöglicht!
- 45 5. Verwaltungsmitarbeiter\*innen und Lehrpersonal werden für die Anliegen von TIN  
46 Personen sensibilisiert!
- 47 6. Jede Hochschule muss mindestens eine Stelle für Diversity einrichten, welche  
48 beratende Funktionen bei Diskriminierung übernimmt und als unabhängiges  
49 Kontrollgremium und Meldestelle bei struktureller Diskriminierung von TIN-  
50 Personen dient.
- 51 Eine niedrigschwellige Änderung von Namens- und/oder Geschlechtseintrag trägt  
52 dazu bei, dass die Hochschulen zu Orten werden, an denen TIN Personen frei  
53 studieren, arbeiten, lernen und ihre Talente entfalten können.

## Begründung

Ausführungen zu den einzelnen Forderungspunkten erfolgen mündlich.

TIN-Personen müssen selbstbestimmt entscheiden dürfen, wann, wo und wie sie sich outen. Die diskriminierenden Strukturen sind inakzeptabel und als eine queer-feministische Jugendorganisation müssen wir eine klare Position einnehmen und uns für TIN-Personen einsetzen.

Ich bitte Euch den Antrag anzunehmen, damit wir uns für TINKklusive Hochschulen in Berlin einsetzen können.

## A4NEU2 Klare Kante gegen Schwarz-Grün!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Die Grüne Jugend Berlin, zur Weitergabe an den 54. Bundeskongress der Grünen  
2 Jugend, fordert die Kandidierenden und den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die  
3 Grünen auf eine klare Stellungnahme für ein progressives Bündnis nach der  
4 Bundestagswahl 2021 abzugeben.

5 Zur Bundestagswahl 2021 und zur nachfolgenden Legislatur muss klar sein: Die  
6 Grünen stehen für Klimagerechtigkeit, Antifaschismus, Feminismus, einen sozialen  
7 Staat, der gleiche Chancen für alle ermöglicht und vieles mehr. Die CDU hingegen  
8 ist der Inbegriff des zerstörerischen und unsozialen "weiter so". Sie steht  
9 stellvertretend für viele der aktuellen Probleme: Der viel zu späte  
10 Kohleausstieg, Chancenungleichheit, Diskriminierung von Frauen\* und queeren  
11 Menschen, Rassismus in Repressionsbehörden und Perspektivlosigkeit für  
12 beachtliche Teile der Gesellschaft.

13  
14 Seit Ewigkeiten wird progressive Politik von Konservativen verhindert,  
15 verlangsamt und verkorkst. Bündnis 90/Die Grünen werden die sozial-ökologische  
16 Transformation nur durchsetzen, wenn es heißt: Nie wieder CDU! Dieses Bekenntnis  
17 ist die grüne Partei der Klimabewegung und allen jungen Menschen in diesem Land  
18 schuldig.

19  
20 Außerdem stehen wir hinter dem Beschluss "Keine Koalition mit der CSU" vom 47.  
21 Bundeskongress der Grünen Jugend. Auch mit der CSU ist keine progressive  
22 Regierung möglich.

23 Die Grüne Jugend Berlin setzt sich für eine progressive, grün-rot-rote Regierung  
24 auf Bundesebene ein und fordert deshalb von Bündnis 90/Die Grünen: Rückgrat  
25 beweisen und Position beziehen! Klare Kante gegen Schwarz-Grün!

26  
27 Sollte es dennoch zu einer schwarz-grünen oder grün-schwarzen Koalition kommen,  
28 werden wir als Grüne Jugend Berlin eine Besetzung der Bundesgeschäftsstelle von  
29 Bündnis 90/Die Grünen organisieren.

### Begründung

In den letzten Wochen haben SPD und Die Linke Stellung gegen die CDU bezogen und sich für ein Grün-Rot-Rotes Bündnis offen gezeigt. Die Grünen geben als einzige dieser 3 Parteien keine klare Stellungnahme ab. Als Grünen-Mitglied ist das für mich nicht hinnehmbar, da nur mit einem progressivem Bündnis echte Veränderung möglich ist. Als Grüne Jugend müssen wir unsere Altpartei auffordern, dieses machtpolitische Herumgeklüngel zu unterlassen und Rückgrat zu beweisen!

## A5NEU Sexarbeit

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Die Grüne Jugend Berlin wird sich im Superwahljahr für selbstbestimmte Sexarbeit  
2 einsetzt.

3 Mit dem Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten von SPD und Union für ein  
4 Verbot von Sexarbeit wurden Stimmen laut, die sich gegen selbstbestimmte  
5 Sexarbeit richten und teilweise Sexarbeit mit Menschenhandel gleich setzten.

6 Wir wollen im Diskurs eine deutliche Gegenstimme ausdrücken, da ein Verbot von  
7 Sexarbeit nicht nötig ist und Menschen bevormunden würde, die selbstbestimmte  
8 Entscheidungen treffen können. Es ist bereits jetzt verboten, Menschen zur  
9 Sexarbeit zu zwingen oder mit ihnen zu handeln. Aus dieser Sicht bedarf es kein  
10 Verbot des gesamten Gewerbes. Anstelle Sexarbeiter\*innen in die Illegalität zu  
11 verdrängen, wo sie keinen Schutz mehr erfahren, wollen wir sie bestärken.

12 Wir fordern:

- 13 • Aussprache gegen ein Verbot von Sexarbeit
- 14 • Beteiligung von Sexarbeiter\*innenorganisationen und -netzwerken sowie  
15 Fachberatungsstellen bei neuen Gesetzgebungsprozessen
- 16 • Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes
- 17 • Berlin soll Beratungsstellen, die bereits bestehen und bestimmte Kriterien  
18 erfüllen, finanziell unterstützen
- 19 • Kampagnen für mehr Aufklärung soll das Stigma von Sexarbeit beseitigen
- 20 • Einrichtung von Schutzräumen und Hilfsangeboten für Sexarbeiter\*innen mit  
21 negativen Erfahrungen
- 22 • Einrichtung von Verrichtungsboxen
- 23 • Asylrecht ausweiten
- 24 • keine Razzien und Kontrollen in Bordellen und erotischen Etablissements  
25 durch die Polizei, sondern für Betriebskontrollen durch die Ordnungsämter

26 Wir müssen das negative Stigma von der Sexarbeit lösen. Sexarbeit kann auch aus  
27 freier Entscheidung resultieren und für Menschen mehr sein als eine schnelle  
28 Einkommensmöglichkeit. Außerdem gibt es Käufer\*innen von Sexarbeit, die  
29 ansonsten nur schwer eine sexuelle Entfaltung erlangen würden.

30 Wir wollen, dass alle Beratungsangebote für Sexarbeiter\*innen freiwillig sind.

31 Wir sind gegen jede Form von Zwangsberatung.

32 In Berlin haben sich einige Beratungsstellen und Hilfsangebote gebildet, welche  
33 eine wichtige Arbeit zum Schutz und zur Unterstützung von Sexarbeiter\*innen  
34 leisten. Leider sind diese Anlaufstellen meistens auf Spenden angewiesen und

35 haben unsichere Zukunftsperspektiven. Wir müssen diese finanziell unterstützen  
36 und ein festes Budget für diese Stellen festlegen. Zur Förderung müssen jedoch  
37 Kriterien erfüllt sein, , welche auch durch Expert\*innen und Sexarbeitende  
38 ergänzt oder überarbeitet werden sollen:

- 39 • Die Einrichtung muss Aufklärung zu Safer Sex leisten und Verhütungsmittel  
40 sowie Hygieneartikel bereitstellen
- 41 • Sie müssen eine Mindestanzahl an geschulten Mitarbeiter\*innen anstellen,  
42 welche auch an Behörden weitervermitteln können
- 43 • Die Beratung muss ergebnisoffen gestaltet sein und Sexarbeiter\*innen in  
44 ihren Problemen unterstützen
- 45 • Die Beratung soll nicht nur dem Ausstieg gewidmet sein
- 46 • Einstiegsberatungen und Vernetzung von Sexarbeiter\*innen (Peer-to-Peer)

47 In Gebieten, in denen vermehrt Sexarbeit an der Straße angeboten wird, müssen  
48 Schutzräume für Sexarbeiter\*innen eingerichtet werden. Zudem sollen  
49 Verrichtungsräume geschaffen werden, welche kurzfristig angemietet werden können  
50 und ebenfalls dem Schutz von Sexarbeiter\*innen dienen. So kann beispielsweise  
51 ein Notrufknopf Sexarbeiter\*innen vor Übergriffen gegen ihren Willen schützen.  
52 Diese Räume sollen in den betreffenden Gebieten bestehen, beispielsweise der  
53 Kurfürstenstraße. Wir sind gegen eine Verdrängung an die Stadtränder! Deswegen  
54 positionieren wir uns gegen Sperrbezirke für Sexarbeit.

55 Letztlich muss das Asylrecht ausgeweitet werden. Personen, die durch  
56 Menschenhandel in die Sexarbeit gedrängt werden, müssen uneingeschränktes Asyl  
57 beantragen können.

58  
59 Vom Stigma gegen Sexarbeiter\*innen sind häufig auch deren Kinder betroffen. Auch  
60 für die Kinder von Sexarbeiter\*innen wollen wir Beratungs- und Empowermenträume  
61 schaffen.

62 Wir müssen Sexarbeit als einen normalen Beruf ansehen und Stigmen überwinden.  
63 Sexarbeit soll selbstbestimmt sein und Sexarbeiter\*innen müssen unsere  
64 Solidarität und Unterstützung in ihrer Arbeit erfahren. Eine Verdrängung in die  
65 Illegalität werden wir mit all unseren Mitteln verhindern.

## Begründung

Sexarbeit ist immer noch stark stigmatisiert und Politiker\*innen von SPD und CDU/CSU möchten dies für ihrer politische Agenda nutzen und Sexarbeit verbieten. Anstelle dessen fordere ich, dass wir Sexarbeiter\*innen in der Debatte bestärken, sie bei der Arbeit unterstützen und Stigmen abbauen.

Ich würde mich sehr über Änderungsanträge freuen, da dieser Antrag auch recht kurzfristig gestellt wurde und sicherlich einige Punkte noch erweitert werden können oder Verknüpfungen zu anderen Bereichen noch nicht beleuchtet sind. Vielen Dank im Voraus.

## A6 Wir wollen noch ein bisschen tanzen - Berlins Clubkultur stärken!

Antragsteller\*in: Jana Brix, Laura Neugebauer

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Clubs und ihr Programm sind für uns selbstverständlich Teil der Berliner  
2 Kulturlandschaft. Neben ihrer wirtschaftlichen Funktion treten sie auch  
3 kulturelle, soziale und politische Akteur\*innen auf. Die Clubkultur bildet einen  
4 eigenen kreativwirtschaftlichen Bereich und präsentiert gleichzeitig ein  
5 kurartiertes, künstlerisches Programm. Clubs sollten deswegen als Kulturorte  
6 anerkannt und auch wie Kulturstätten behandelt werden.

7 Berlins Clubkultur ist typischer Teil der urbanen Vielfalt und bedeutender  
8 Wirtschaftsfaktor, doch geraten die Standorte zunehmend unter Druck in der enger  
9 werdenden Stadt. Das Unfertige, Unkonventionelle und Experimentelle kann heute  
10 aufgrund von Platzmangel kaum noch organisch entstehen und die bestehenden Clubs  
11 brechen der Reihe nach weg. Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten,  
12 Standorte sichern, sie mit Schallschuttmitteln ausstatten, neue Flächen  
13 bereitstellen und bei Konflikten mit Anwohner\*innen für einen fairen  
14 Interessenausgleich sorgen. Bei Bauvorhaben neben Clubstandorten sollen  
15 Investor\*innen den Schallschutz von Anfang an berücksichtigen. Daher  
16 unterstützen wir die Durchsetzung des Agent-of-Change-Prinzips. Der  
17 Schallschutzfonds soll langfristig eingerichtet und deutlich erhöht werden. Wir  
18 wollen aber nicht beim Schallschutz bleiben, sondern fordern finanzielle  
19 Unterstützung für Clubs auch bei anderen Nutzungskonflikten. Beim Entwurf neuer  
20 Stadtquartiere sollen Clubs von Anfang an an geeigneten Stellen eingeplant  
21 werden. Dabei soll ein verbindliches Clubkataster helfen. Wir fordern, dass die  
22 Zwischennutzung von Räumen durch Clubs gefördert wird. Durch eine Anpassung des  
23 Grünanlagengesetzes sollen kontrollierte Free Open Airs ermöglicht werden. Mit  
24 all diesen Maßnahmen wollen wir vor allem kleinere Clubs schützen, die es noch  
25 schwerer haben, bezahlbare Räume zu finden und bei dem hohen finanziellen Druck  
26 zu bestehen.

27 In Berlin gibt es eine Vielfalt an Clubs, die sich an verschiedene subkulturelle  
28 Gruppen, Musikgeschmäcker oder Tanzvorlieben richten. Dabei erfüllen Clubs auch  
29 die Funktionen eines safer spaces zum Beispiele für queere Personen. Clubs  
30 sollen weiterhin das Recht haben, ihre Türpolitik so auszurichten, dass sie ihr  
31 Publikum in diesem Sinne an der Tür vorsortieren. Wir erwarten aber, dass sie  
32 dabei keine Menschen diskriminieren und aufgrund von Diskriminierungsmerkmal  
33 ausschließen. Deswegen fordern wir die Erarbeitung eines verbindlichen Leitbilds  
34 zur Antidiskriminierung in Clubs und Diskotheken. Daran orientiert sollen Clubs  
35 unter anderem Konzepte zur Türpolitik und Awareness erarbeiten. Um  
36 sicherzustellen, dass die Clubs sich auch wirklich an dieses Leitbild halten,  
37 Maßnahmen entwickeln und diese einhalten, sollen Evaluationen in Verbindung mit  
38 Testings in den Clubs durchgeführt werden. Wichtig ist uns dabei, dass nicht nur  
39 die Clubs Maßnahmen erarbeiten, die sich eh schon mit Diskriminierung  
40 beschäftigen, sondern auch solche Clubs und Diskotheken, die sich in diesem  
41 Bereich bis jetzt noch gar nicht engagiert haben. Deshalb ist die  
42 Verbindlichkeit des Leitbilds unverzichtbar. Antidiskriminierungsschulungen für  
43 Club- und Türpersonal sollen weiterhin angeboten und ausgebaut werden. Außerdem

- 44 wollen wir die Barrierefreiheit von Clubs voranbringen und fordern das Land auf,  
45 besonders für kleinere Clubs hierfür die Mittel zur Verfügung zu stellen.

A7NEU You deserve Kulturelle Bildung today - Teilhabe an Kultureller Bildung ermöglichen!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

## Antragstext

1 Warum Kulturelle Bildung?

2 Kultur, Kreativsein und Kulturelle Bildung machen erfinderisch, sensibilisieren,  
3 geben Raum für Persönlichkeitsentwicklung und schenken Selbstbewusstsein.  
4 Außerdem legen sie einen Grundstein für die kulturelle Teilhabe und ermöglichen  
5 es den Adressat\*innen, nicht nur am kulturellen Leben teilzunehmen, sondern auch  
6 ihre eigenen Themen und Gedanken einzubringen. Mit einer inklusiven,  
7 niedrigschwelligen und aufsuchenden Kulturellen Bildung streben wir an, dass  
8 möglichst viele Menschen einen Zugang zu Kultur und Kultureller Bildung finden.

9 Dafür fordern wir:

10 1. Kulturelle Bildung in der Schule

11 Wir wollen besonders Kinder und Jugendliche mit Kultureller Bildung ansprechen.  
12 Viele Angebote setzen allerdings voraus, dass die Kinder und Jugendliche zuerst  
13 ein Theater, eine Musikschule oder einen Jugendclub aufsuchen. Dadurch werden  
14 nur diejenigen erreicht, die bereits Interesse an Kultur haben und von sich aus  
15 den ersten Schritt auf die Einrichtungen oder Vereine zu machen. Häufig sind das  
16 Personen, deren Eltern sie dazu ermutigen. Schulen bieten hingegen die  
17 Möglichkeit, alle Kinder und Jugendliche zu erreichen. Deshalb wollen wir  
18 Kulturelle Bildung als fächerübergreifendes Thema im Rahmenlehrplan verankern –  
19 damit im Unterricht genug Zeit für Kulturelle Bildung eingeräumt wird. Auch für  
20 die Vor- und Nachbereitung von zum Beispiel Museumsbesuchen soll genug Zeit  
21 eingeplant werden. Um ein Zusammentreffen von Schüler\*innen und Künstler\*innen  
22 in der Schule zu ermöglichen, fordern wir die Schulsozialraumöffnung. Dadurch  
23 soll auch die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Projekten  
24 vereinfacht werden.

25  
26 Der effektivste Weg zu kultureller Bildung ist das aktive Praktizieren von  
27 Kunst, Musik, Theater etc. Daher müssen diese Bereiche vom Image der "weichen  
28 Nebenfächer" wegkommen und mehr sein als eine nette Umrahmung des Schulalltags  
29 in der 0. oder 8. Stunde. Die Fächer bzw. Themenbereiche Kunst, Musik und  
30 Darstellendes Spiel müssen gestärkt werden und eine (auch im Stundenplan)  
31 zentralere Rolle im Schulalltag einnehmen.

32 Die Erfahrungen zeigen, dass z.B. in den Schulalltag integrierte  
33 Instrumentalklassen eine äußerst positive Wirkung auf Klassengemeinschaft,  
34 Lernmotivation und kulturelles Interesse entfalten können. Diese Modelle sollten  
35 daher ausgeweitet und noch niedrigschwelliger gestaltet werden.

36 Gerahmt werden sollen diese Maßnahmen durch die Verankerung von Kultureller  
37 Bildung im Schulprofil. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen braucht es eine  
38 professionell begleitete und geplante Schulentwicklung. Über Projekte wie die  
39 Kulturagenten können Schulen langfristig in diesem Prozess unterstützt werden.  
40 Das Kulturagenten-Programm ist deshalb auszubauen.

41 2. Projektförderung



42 Um Projekte der Kulturellen Bildung zu fördern, wollen wir den Projektfonds  
43 Kulturelle Bildung erhöhen. Damit wollen wir alle Fördersäulen stärken, vor  
44 allem aber die Mittel für Kulturelle Bildung im Bezirk aufstocken, um Projekte  
45 direkt vor der Haustür der Adressat\*innen zu stärken. Außerdem wollen wir die  
46 Kompetenzen der Kinder- und Jugendjurys stärken. Diese werden zwar für  
47 Entscheidungen über Projektmittel zu Rate gezogen, haben aber nur selten selber  
48 Entscheidungskompetenzen. Vor allem – aber nicht ausschließlich – bei  
49 Entscheidungen über Projektmittel im Bereich der Kulturellen Bildung wollen wir  
50 das auf allen Ebenen ändern.

### 51 3. Kulturelle Bildung vor der Haustür

52 Es ist uns besonders wichtig, Angebote der Kulturellen Bildung in den Kiezen zu  
53 stärken. Diese aufzusuchen ist mit weniger Hürden verbunden und häufig sind Orte  
54 oder Träger\*innen den Bewohner\*innen im Kiez schon bekannt, weil sie zum  
55 Beispiel jeden Tag auf dem Weg zur S-Bahn an ihnen vorbeilaufen. Wir  
56 wollen selbstverwaltete und -organisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen  
57 fördern. Dafür fordern wir die Einrichtung von Anlaufstellen für  
58 selbstorganisierte kulturelle Projekte von Kindern und Jugendlichen, die  
59 explizit die Aufgabe haben, diese Projekte personell und finanziell zu  
60 unterstützen. Es darf nicht am Geld oder noch fehlendem Wissen über  
61 Projektorganisation scheitern, wenn Kinder und Jugendliche kulturelle Projekte  
62 für ihren Kiez initiieren. Die nachhaltigste Art der Kulturellen Bildung ist  
63 dann möglich, wenn Leute selber kreativ werden. Außerdem unterstützen wir die  
64 Einrichtung und Ausweitung von Outreach-Programmen von Kultureinrichtungen, die  
65 eine Verankerung der Einrichtungen im Kiez fördern und damit die Distanz  
66 zwischen Einrichtung und Kiezbewohner\*innen abbauen.

## A8NEU Geschichte aufarbeiten, aufmachen zu einer postkolonialen Gesellschaft

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Exponate mit einer ungeklärten Herkunft werden in einem nachgebauten Preußen-  
2 Schloss ausgestellt. Hunderte menschliche Überreste, die während des  
3 Kolonialismus zu Forschungszwecken nach Deutschland verschleppt wurden, befinden  
4 sich heute noch in Berlin. Die deutsche Kolonialgeschichte ist noch nicht mal  
5 ansatzweise ausreichend aufgearbeitet. Dieses Defizit muss ausgeglichen werden!  
6 Die Dekolonialisierungsprozesse in Kultur, Bildung und im öffentlichen Raum  
7 müssen massiv voran getrieben werden.

8 Deshalb fordern wir einerseits, dass die Museen und Sammlungen, in denen sich  
9 geraubte Objekte befinden, Verantwortung übernehmen und die Provenienzforschung  
10 in ihren Häusern vorantreiben. Außerdem setzen wir uns für eine  
11 Provenienzforschung durch das Land Berlin ein, die von Kultureinrichtungen  
12 unabhängig ist. Der Dialog mit den Nachfahren der Schöpfer\*innen und  
13 rechtmäßigen Eigentümer\*innen muss aufgenommen werden, um ein Konzept für den  
14 Verbleib und Zugang zu Beutekunst und kolonialer Raubkunst zu erarbeiten. Wir  
15 brauchen einen regen Austausch aller Beteiligten. Die Ergebnisse der  
16 Provenienzforschung sollen fortlaufend mehrsprachig veröffentlicht werden. Für  
17 menschliche Überreste fordern wir ein Sofortprogramm zur Provenienzforschung. Es  
18 muss alles getan werden, damit diese menschlichen Überreste so schnell wie  
19 möglich auf respektvollem Weg an ihre Nachfahren übergeben werden können.

20 Die nur langsam vorankommende Aufarbeitung führt auch zu einer gering  
21 ausgeprägten Gedenkkultur. Berlin braucht ein zentrales Mahnmal und ein  
22 zentrales Gedenken, in Form von Veranstaltungen und Kundgebungen, vor allem zum  
23 Abschluss der Afrika-Konferenz und zum Internationalen Tag zur Erinnerung an die  
24 transatlantische Versklavung und deren Abschaffung. Bei der Aufarbeitung im  
25 öffentlichen Raum gehört aber auch dazu, dass die Voraussetzungen für die  
26 Umbenennung von Straßen, die kolonialistisches Gedankengut ehren, geschaffen  
27 werden. Hier ist es wichtig, dass diskriminierende Sprache als Umbenennungsgrund  
28 aufgenommen wird, aber auch, dass es feste Rahmenbedingungen für Umbenennungen  
29 gibt, die den Ablauf sowie die Beteiligung von Öffentlichkeit und Betroffenen  
30 regeln. Des Weiteren müssen berlinweit alle Straßen und Orte identifiziert  
31 werden, die einen kolonialen Kontext haben. Für diese Straßen und Orte brauchen  
32 wir eine Debatte und folgend derer einen Prozess zusammen mit Initiativen der  
33 Stadtgesellschaft, wie mit diesen langfristig vor allem aus einer antikolonialen  
34 Perspektive umgegangen wird.

35  
36 Wir fordern, dass alle Straßen, die nach Kolonialverbrecher\*innen (wie die  
37 Petersallee, der Nachtigallplatz oder die Wissmannstraße), nach  
38 Kolonialprofiteur\*innen (wie die Lüderitzstraße) oder nach für den  
39 Kolonialismus politisch Verantwortlichen benannt sind, umbenannt werden. Das  
40 bedeutet für uns, dass wir die Umbenennung aller Otto von Bismarck gewidmeten  
41 Straßen und Plätze fordern. Bismarck initiierte die sogenannte "Kongo-  
42 Konferenz", bei der die europäischen Kolonialmächte den afrikanischen Kontinent  
43 unter sich aufgeteilt haben. Damit ist er zu großem Teil an der entstanden

44 kolonialen Weltordnung beteiligt gewesen. Unter diesem Umstand finden wir es  
45 nicht tragbar, dass er so umfangreich im öffentlichen Raum geehrt wird.

46 Deutschland war eine der brutalsten Kolonialmächte. Diese Vergangenheit darf  
47 nicht länger in deutschen Schulen geleugnet werden. Deshalb müssen der deutsche  
48 Kolonialismus und seine Folgen als Pflichtmodule in den Lehrplan. Neue  
49 Perspektiven und vor allem diejenigen Schwarzer Menschen und People of Color  
50 müssen in die Geschichtsbücher der Schüler\*innen Berlins. Verankerung darf aber  
51 nicht nur auf der Schulebene stattfinden, Kolonialismus muss auch in Berlins  
52 Hochschulen fest institutionell verankert sein. Dabei sollen die Geschichte des  
53 deutschen Kolonialismus, seine Kontinuitäten sowie die Geschichte und  
54 Perspektiven Schwarzer Menschen in Deutschland thematisiert werden. Wir wollen  
55 das Bewusstsein für Rassismus stärken und unterstützen daher die Etablierung des  
56 Studiengangs Intersektionale Black Studies.

## A9 Mehr Diversität in der Kultur – weniger weiß-männlicher Genie-Kult!

Antragsteller\*in: Jana Brix, Hivanu Ince, Laura Neugebauer

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Die Berliner Kulturlandschaft ist insgesamt – gerade in den Führungsebenen und  
2 institutionell finanzierten Einrichtungen – weißer, männlicher und homogener als  
3 die Stadtgesellschaft. Dem männlichen Genie-Kult und dem Bild vom weißen,  
4 akademischen, cis Mann an der Spitze großer Kulturinstitutionen wollen wir mit  
5 einer diversitätsorientierten und feministischen Kulturpolitik widersprechen!  
6 Auch inhaltlich darf sich das Berliner Kulturangebot nicht nur an eine weiße  
7 Mehrheitsgesellschaft richten, sondern muss auch die Geschichten, Perspektiven  
8 und Alltagserfahrungen von BPoC und Menschen mit  
9 sogenanntem Migrationshintergrund erzählen.

10 Das fängt bei der Personalführung und -einstellung an. Wir fordern  
11 verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen für Personalverantwortliche in  
12 allen öffentlichen Kultureinrichtungen. Damit es nicht bei reinen  
13 Lippenbekenntnissen für mehr Diversität bleibt, fordern wir, dass alle vom Land  
14 geförderten Kultureinrichtungen verbindliche Zielvereinbarungen für mehr  
15 Diversität in ihrer Personalstruktur erarbeiten und veröffentlichen. Diese  
16 sollen BPoC, Frauen, LGBTQIA+, Menschen mit Be\_hinderung, Menschen ohne  
17 akademischen Abschluss und andere marginalisierte Gruppen fördern. Diese  
18 Zielvereinbarungen sollen besonders – aber nicht ausschließlich – für die  
19 Leitungsebenen gelten. Wir erwarten natürlich, dass sich die Zielvereinbarungen  
20 an dem Anteil der berücksichtigten Gruppen an der Bevölkerung in Berlin  
21 orientieren und nicht die Einrichtungen nicht wie einige DAX-Unternehmen einen  
22 Anteil von 0 % als Ziel festlegen. Für Frauen fordern wir eine Frauenquote von  
23 mindestens 50 %, auch in der Führungsebene. Wenn Kultureinrichtungen sich  
24 weigern eine solche Zielvereinbarung zu erarbeiten oder sie wiederholt nicht  
25 einhalten können, sollen ihnen im Härtefall die Mittel gekürzt werden. Außerdem  
26 fordern wir, dass endlich der Vorstellung eines\*einer Künstler\*in und  
27 Kulturschaffenden, der\*die sich für die Kunst selbst ausbeuten soll, ein  
28 arbeitnehmer\*innen- und familienfreundliches Arbeitsumfeld in der Kultur  
29 entgegen gesetzt wird.

30 2016 wurde die Studie „Handlungsoptionen zur Diversifizierung des Berliner  
31 Kultursektors“ veröffentlicht. Wir fordern eine Neuauflage dieser Studie in  
32 Kombination mit einer Evaluation der Veränderungen seit 2016.

33 Ein Ungleichgewicht gibt es auch bei der Verteilung von Fördermitteln. Deshalb  
34 fordern wir, dass die Jurys zur Vergabe von Landesmitteln diverser besetzt  
35 werden. Außerdem soll die Diversität der Antragsteller\*innen, des Inhalts der  
36 geplanten Projekte und des beschriebenen Zielpublikums als Qualitätsmerkmal und  
37 Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln in allen Sparten fest und mit mehr  
38 Gewicht als bisher verankert werden.

39 Viele der Künstler\*innen und Kulturschaffende in Berlin sind auf öffentliche  
40 Förderung angewiesen. Diese Gelder müssen gerecht verteilt werden!

## A10NEU2 Die große Klimaanpassungsstrategie Berlin!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Die Folgen des Klimawandels sind über die letzten Jahre immer häufiger und  
2 stärker zu spüren. Von den zwölf wärmsten Jahren in Deutschland seit 1881 sind  
3 zehn aus den vergangenen zwanzig Jahren. Die tendenziell häufiger auftretenden  
4 Sommertage oder heißen Tage stellen ein erhebliches gesundheitliches Risiko  
5 insbesondere für gesundheitlich vorgeschädigte Personen, ältere Menschen und  
6 Säuglinge dar. Oftmals treten diese Tage in Folge und begleitet von  
7 Tropennächten auf, sodass die Regenerationsfähigkeit zusätzlich beeinträchtigt  
8 wird. Das führt zu erheblichen Einschränkungen des alltäglichen Lebens,  
9 beispielsweise auch zu neu auftretender Migräne, etc. wodurch es ein  
10 gesamtgesellschaftliches Problem wird. Dies wirkt sich besonders auf Menschen  
11 aus, die nicht die Mittel haben, um sich zu schützen. Außerdem wohnen Menschen  
12 mit geringeren Einkommen in Wohnungen, die weniger von Hitze geschützt sind und  
13 deren Umfeld keine Zuflucht bietet. So sterben jedes Jahr Menschen aus  
14 Risikogruppen, wie alte, kranke und obdachlose Menschen aufgrund von extrem  
15 Temperaturen in Berlin. So schätzt das RKI, dass 2018 in Berlin rund 490  
16 Menschen aufgrund von Hitze vorzeitig starben.[12.] Im Sinne der  
17 Klimagerechtigkeit ist es unsere Pflicht, unsere Stadt frühzeitig an die  
18 klimatischen Veränderungen anzupassen und weitere Temperaturanstiege zu  
19 verhindern.

20 Die Grüne Jugend Berlin möge folgenden Antrag beschließen und bei Bündnis90/DIE  
21 GRÜNEN einbringen:

22 Niederschlag und Überschwemmungen:

23 Für Deutschland wird aktuell eine Zunahme der Tage mit schwerem Gewitter in den  
24 kommenden Jahrzehnten erwartet.[4] Große Mengen an Starkregen führen dezentral  
25 zu einem schnellen Überlasten der Abwasserkanalisation. Durch die hohe  
26 Flächenversiegelung in Berlin, kann das Wasser nicht versickern und fließt  
27 direkt in die Kanalisationssysteme, welche für diese Massen nicht ausgelegt  
28 sind. Dadurch gelangt Schmutz- und Abwasser durch Überschwemmung in Flüsse und  
29 Gewässer und vergiftet diese.

30 Eine von vielen Lösungen für die Minderung von Überschwemmung, wird in Berlin  
31 bereits an vielen Orten angewandt und erforscht: volle Balkonbegrünung,  
32 Efeuhauswände und Projekte, wie die der Beuth Hochschule [9.] zusammen mit dem  
33 "Kö-Bogen 2" in Düsseldorf zeigen, dass bereits heute viele Maßnahmen zur  
34 Klimaanpassung möglich sind und diese auf Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen .  
35 Begrünte Fassaden, bepflanzte Balkone und begrünte Dächer binden CO<sup>2</sup>, wirken  
36 luftreinigend, halten Regenwasser in die Kanalisation zurück, vergrößern die  
37 biologische Vielfalt von Pflanzen und können die Aufheizung der Stadtluft  
38 verringern.

39 Die Erdschicht und die Pflanzen von Dachbegrünung wirken auch für die Gebäude  
40 als lebendige Dämmung, wodurch die Innentemperatur ganzjährig angenehmer ist -  
41 kühler im Sommer und wärmer im Winter.

42 Deswegen fordern wir radikale Vorschriften in allen Bebauungsplänen und  
43 Vereinbarungen von Bauanträgen auf anfangs allen neuen Gewerbegebäuden,  
44 Einkaufszentren und Industriegebäuden ab 2021 und ab 2025 ausgeweitet auf alle  
45 neue Gebäude: 99% der Gebäudeoberfläche muss mit Fassadenbegrünung,  
46 Dachflächenbegrünung, klimaresilientem Material, intelligenten Fensterscheiben  
47 sowie Photovoltaik-, Solar- und Kleinwindkraftanlagen ausgestattet werden.[7.]  
48 Zudem sollen in zehn ersten Kiezen ganze Straßenzüge und Quartiere vertikal und  
49 horizontal bis 2025 nach neu entwickelten und einheitlichen Modellen "begrünt"  
50 werden. Darauf soll ein kontinuierlicher Prozess folgen und jährlich 100 weitere  
51 Straßenzüge nach einheitlichen Standards begrünt werden. Ein Teil der begrünt  
52 Dächer soll zudem als begehbarer Dachgärten gestaltet werden. Dabei soll mit  
53 einem Förderpaket in jedem Kiez mehrere öffentlich zugängliche Dachflächen mit  
54 Sitzbänken, Spielplätzen, Gemeinschaftsgärten und Aussichtsplätzen an der  
55 Frischluft, als Teil des Konzeptes der neuen klimaresilienten Stadt, bis  
56 01.01.2020 geschaffen werden und ab 2022 linear weiter ausgebaut werden. Wir  
57 fordern jeden Bezirk auf, jedes Jahr die begrünte Fassadenflächen zu verdoppeln.  
58 Bis 2040 sollen 80% des Berliner Gebäudebestandes nach diesem Konzept mit  
59 Fassadenbegrünung und/oder Dachbegrünung ausgestattet sein und die Stadt nach  
60 und nach an das veränderte Klima angepasst werden. Dies unterstützt und leitet  
61 das Land Berlin mit einer neuen Abteilung für klimaresiliente Stadtplanung. Alle  
62 Bezirke werden von dieser bei der Analyse, Planung und Umsetzung personell,  
63 finanziell und planerisch unterstützt. Zudem werden dafür Mittel und  
64 Unterstützung für Grünflächenämter, Bürger\*inneninitiativen sowie Schul- und  
65 Forschungsprojekte massiv ausgeweitet.

66 Uns ist bewusst, dass ein begrüntes Gebäude zunächst höhere Bau- und  
67 Wartungskosten hat, langfristig werden jedoch, beispielsweise durch eine bessere  
68 Stadtluft, geringeres gesundheitliches Risiko, der Prävention von  
69 Überschwemmung, der natürliche Kühlungseffekt und die vielen neuen öffentlichen  
70 "urban Gardening" Flächen, die Kosten für die Allgemeinheit deutlich senken.

71 Ein weiteres Problem bei Starkregen ist, dass das Wasser nicht aufgefangen wird,  
72 sondern ungenutzt in der Kanalisation versinkt. Durch weitere Wasserspeicher  
73 können große Mengen Regenwasser aufgefangen und somit die Kanalisation entlastet  
74 werden. Deswegen fordern wir, dass ab 2025 alle Industriegebäude sowie große  
75 Gebäude mit mehr als 100m<sup>2</sup> Dachfläche, Regenwasser sammeln und für die  
76 Bewässerung des Stadtgrüns bereitstellen. Anschließend soll dieses Wasser zur  
77 kostengünstigen Bewässerung des Stadtgrüns eingesetzt werden. Diese  
78 Investitionen sind auf lange Sicht eine Möglichkeit die Kosten der  
79 Begrünungspflege zu senken.

80  
81 Neben den Maßnahmen zur Begrünung von Dachflächen und der Entgegenwirkung von  
82 Überschwemmungen sollen Parkhäuser mit offenem obersten Parkdeck der  
83 Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden und on öffentliche, grüne Dachparks  
84 umgestaltet werden. Dabei sollen Vereine und Initiativen die Gestaltung sowie  
85 teilweise Bewirtung der Flächen übernehmen können. Dadurch wollen wir neue  
86 Lebens- und Kulturzentren mit einem Ausblick über den Kiez schaffen.

87 Dürren und Gewässer

88 Das vorhandene Stadtgrün und die zahlreichen Gewässer in Berlin müssen geschützt  
89 werden. Durch die stärkere Sonneneinstrahlung bilden sich Algen schneller,  
90 welche einen hohen Sauerstoffverbrauch haben. Um Fischsterben und sogenanntes

91 Kippen der Seen vorzubeugen, soll jährlich zusammen mit der Freiwilligen  
92 Feuerwehr das Wasser mit Pumpen umgewälzt werden und dadurch frischer Sauerstoff  
93 zugeführt werden. Das Grünflächenamt muss zukünftig finanzielle Mittel und  
94 Ausrüstung bekommen, um der Algenbildung entgegenzuwirken und die Wasserqualität  
95 aufrechtzuerhalten. Die Badeseen bieten vielen Menschen eine Abkühlung und  
96 Lebensqualität an heißen Tagen. Dieses kostenlose und wichtige Freizeitangebot  
97 muss durch die Stadt geschützt werden. Langfristig sollen in Berlin auch neue  
98 Seen, Bademöglichkeiten und Naturparks entstehen. Neubaugebiete ab einem  
99 Quadratkilometer, beispielsweise wie die geplante Bebauung des Tegeler Feldes  
100 müssen neue Seen und Gewässer anlegen sowie naturnahe Rückzugsorte in die  
101 Fassaden- und Dachkonstruktion mit einbeziehen.

102 Werden Hitzeperioden von anhaltender Trockenheit begleitet, geraten auch die  
103 Berliner Wälder und das Stadtgrün unter Stress, was zu einer erhöhten  
104 Anfälligkeit für Schaderreger führen kann.

105 Die Straßenbäume können die Lufttemperatur der Stadt um 2°C senken und die  
106 Temperatur des Asphalt sogar um bis zu 15°C. Bei Neubepflanzung muss deshalb  
107 auf eine Diversität bei der Artenauswahl geachtet werden, damit bei Krankheit  
108 nicht der komplette Baumbestand gefährdet wird. Hitzeresiliente Arten sind  
109 ebenso zu berücksichtigen.

110 In Berlin gibt es 431.109 Straßenbäume (Stand: 31.12.2019) und viele  
111 Quadratkilometer Bepflanzungen, um die sich das Grünflächenamt kümmert. Leider  
112 sind aktuell die Kapazitäten nicht ausreichend, um alle Straßenbäume an heißen  
113 Tagen zu bewässern. Wir fordern daher, bis 2021 ein langfristiges Konzept zur  
114 Bewässerung der Straßenbäume zu erarbeiten. So sollen unter anderem automatische  
115 Bewässerungssysteme mit Schlauchanlagen bei Baumaßnahmen, beispielsweise  
116 Neubepflanzung, Entsiegelung von Parkplätzen, Umgestaltung oder Verengung von  
117 Straßen direkt verbaut und integriert werden. Neben der Auswahl geeigneter  
118 Baumarten in Hinsicht auf die steigenden Temperaturen und der veränderten  
119 klimatischen Bedingungen in den nächsten Jahrzehnten muss die Anzahl der  
120 Neupflanzungen deutlich ansteigen. In Zeiten der weltweit höchsten CO<sub>2</sub>  
121 Emissionen können wir nicht zulassen, dass der Baumbestand in Berlin  
122 kontinuierlich abgebaut wird. Wir fordern die Anzahl der Straßenbäume in Berlin  
123 bis 2030 um 25% zu steigern. Diese sollen vorrangig auf entsiegelten PKW-  
124 Parkplätzen und zurückgebauten Straßen bepflanzt werden.

125 Für die Bewässerung der Straßenbäume soll neben einer Stärkung der Mittel von  
126 Grünflächenämtern ein großes Baumscheibenbepflanzungsprogramm für 100.000  
127 Baumscheiben in Wohnstraßen entwickelt werden. Durch die Bepflanzung der  
128 Baumscheibe wird Wasser vor Verdunstung zurückgehalten und das Gießen der Bäume  
129 für Anwohnende attraktiver. Die Bepflanzungen unterstützen den Schutz der  
130 Stadtbäume, lockern den meist harten wasserundurchlässigen Boden, liefern  
131 Lebensqualität durch attraktive Begegnungsräume, teilweise mit integrierten  
132 Sitzbänken für Anwohnende und außerdem unterstützt die Bepflanzung die  
133 Biodiversität und den Schutz von wichtigen Insekten in unserer Stadt.

134 Mithilfe von Baumpat\*innenprogrammen sollen einerseits die Grünflächenämter  
135 entlastet und der urbane Lebensraum begrünt und bunt gestaltet werden.  
136 Anwohnende können sich für eine Baumscheibe in der Nähe der Wohnung bewerben,  
137 kümmern sich um die Bewässerung, Pflege, Bepflanzung und Gestaltung der  
138 Baumscheibenfläche (also die nicht versiegelte Fläche um den Baumstamm herum).

139 Baumpat\*innen bekommen im Gegenzug transparente Prämien von 50€ im Jahr sowie  
140 einen Materialgutschein für bis zu 250€ im Jahr. Zudem soll regelmäßig und  
141 öffentlich in Kiezwettbewerbe über die schönsten Baumscheiben abgestimmt werden.

142 Das neue Baumpat\*innenprogramm soll auch die Öffentlichkeit über die Funktion  
143 und Rolle von Stadtbegrünung und auch über den Wasserbedarf der Straßenbäume  
144 aufklären, damit Menschen nicht nur kleine Mengen für die Bepflanzungen gießen,  
145 sondern genug Wasser, damit der Baum und alle Wurzeln versorgt werden.

146 Bei der Nutzung durch Anwohnende müssen die Partizipationsmöglichkeiten  
147 gesteigert und Hürden abgebaut werden. Zudem fordern wir, dass Hausverwaltungen  
148 den Baumpat\*innen einen Wasseranschluss im Erdgeschoss für die Bewässerung der  
149 Baumscheiben bereitstellen müssen. Somit soll mittelfristig ein wichtiger  
150 Beitrag zur Bildungs- und Aufklärungsarbeit einer klimaresilienten Stadt in der  
151 Öffentlichkeit stattfinden.

152 Hitze und Kälte:

153 Durch den Klimawandel steigt die Zahl der Hitzerekorde und Hitzewellen auch in  
154 Berlin weiter an. Die ansteigenden Temperaturen und längeren Hitzeperioden  
155 sorgen für eine zunehmende Verbreitung von Klimageräten. Daraus ergeben sich  
156 aber auch neue Probleme: beispielsweise ein höherer Elektroenergieverbrauch,  
157 Klimaveränderungen durch den damit verbundenen höheren Kohlendioxidausstoß und  
158 Ozonschichtveränderungen durch entweichende Kältemittel.

159 Alternativ zu herkömmlichen Kompressor-Klimaanlagen wird seit Mitte der 1980er  
160 Jahre auch in Deutschland immer mehr die sogenannte adiabate Kühlung eingesetzt.  
161 Die erforderliche Kälte wird dabei durch Verdunstungskälte erzeugt.  
162 Beispielsweise hat das deutsche Bundeskanzler\*innenamt eine adiabate Kühlanlage,  
163 mit der die Büroflächen gekühlt werden. Ein weiteres Beispiel für diese  
164 Verdunstungskühlung war die EXPO 1992 in Sevilla. Dort wurde die  
165 Außenlufttemperatur auf dem EXPO-Gelände durch Verdunstung von zuweilen 42°C auf  
166 36°C abgesenkt.

167

168 Die Kopplung der Kälteversorgung im Sommer mit der Wärmeversorgung im Winter  
169 mithilfe von Eisspeichern, Latentwärmespeichern, Solarwärme, Geothermie,  
170 Kältenetzen und einer niedrigen Vorlauftemperatur des Fernwärmenetzes soll dafür  
171 sorgen, dass sich Berlin an die veränderten Anforderungen des Klimas anpasst.  
172 Die große Klimaanpassungsstrategie Berlins muss diese Möglichkeiten  
173 berücksichtigen und im Erneuerbaren-Wärme-Gesetz widerspiegeln.

174

175 Hinzu kommt, dass in Städten wie Berlin es auch ohne den Klimawandel zu höheren  
176 Luft- und Oberflächentemperaturen als im unbebauten Umland kommt: Eine hohe  
177 Oberflächenversiegelung und dichte Bebauung führen dazu, dass Städte tagsüber  
178 sehr viel Sonnenenergie absorbieren und in den Baukörpern sowie über den Asphalt  
179 speichern.[1,2,3]

180 Damit Berlin auf die Herausforderungen der Hitzewellen in der Klimakrise  
181 vorbereitet ist, muss bis 2025: 50 % der Verkehrsfläche entsiegelt werden! Diese  
182 Entsiegelung reduziert die Absorbtiionsfläche von Wärme durch weniger Asphalt und  
183 Beton, wodurch ein natürlicher Kühlungseffekt wieder hergestellt werden kann.  
184 Außerdem werden durch die gewonnenen Grünflächen CO<sub>2</sub> Emissionen kompensiert und  
185 bei einer Häufung von Starkregen die Kanalisationen entlastet. Nur so kann die  
186 Stadt sich langfristig selbst kühlen und Menschenleben geschützt werden.



187 Der dadurch freie Platz soll für umweltfreundliche, begrünte und  
188 wasserdurchlässige Alternativen, die in das nachhaltige  
189 Gesamtklimaanpassungspaket sinnvoll integriert sind, zur Verfügung stehen. Die  
190 Entsiegelung von Autospuren und Parkplätzen soll in öffentlichen Raum für neue  
191 Blumenwiesen, neue Bäume, größere Baumscheibenbepflanzung, Kulturräume und  
192 Begegnungszonen, Spielgeräte und Tischtennisplatten, Fahrradleihstationen,  
193 Hochbeete und Urban Gardening Flächen, Trinkwasserbrunnen, Giesstation und  
194 Springbrunnen sowie für Hohe Hecken und Naturrückzugsräume umgestaltet werden.  
195 Langfristig sollen Wohnstraßen ab 2030 generell frei von motorisiertem  
196 Individualverkehr werden.  
197 Die Breite der Straße kann dadurch deutlich verkleinert werden kann. Auch  
198 sämtliche Parkplätze werden nicht mehr gebraucht. Somit werden große Flächen für  
199 die Entsiegelung frei.

200  
201 Dass in Berlin 10 mal mehr Fläche für PKW Parkplätze als für Spielplätze  
202 vorhanden ist, sehen wir kritisch. Wir fordern zehn, mindestens ein Kilometer  
203 lange, Straßen bis 01.01.2022 vollständig zu entsiegeln. Daraufhin müssen in  
204 diesem Sinne jährlich weitere 100 Kilometer folgen. Mit einem zusätzlichen Push  
205 & Pull Gesamtprogramm, zum Beispiel durch einerseits verstärkter  
206 Parkraumbewirtschaftung und andererseits einer starken Förderung des  
207 Radverkehrs, sollen zudem Durchgangsstraßen durch bessere Umweltalternativen  
208 obsolet gemacht werden.

209  
210 Das heutige Stadtbild mit breiten Straßen und versiegelten Flächen zwischen den  
211 Gebäuden muss einer lebenswerten Stadt weichen. Mit der Anpassung zu einer  
212 klimaresilienten Stadt erscheinen die ehemaligen Straßen wie breite Grünstreifen  
213 und nahezu kleinen Parks zwischen begrünten Gebäuden. Eine schmale Fahrspur in  
214 der Mitte dient lediglich dem Lieferverkehr und Umweltmobilitätsverbund. Eine  
215 autogerechte Stadt ist nicht wiedererkennbar, sondern ist einer lebenswerten  
216 Stadt für alle Bewohner\*innen gewichen.  
217 Die somit geschaffenen klimafreundlichen Kieze bieten neue Lebens- und  
218 Gestaltungsmöglichkeiten und gesünderen Lebensraum für Menschen und Umwelt. Das  
219 ist das neue Hauptziel der Berliner Stadtentwicklungspolitik.

220 BEK 2100

221 Die Grüne Jugend hat 2019 bereits verabschiedet, dass ein völliger  
222 Paradigmenwechsel für die Klimaanpassung notwendig ist und unversiegelte Flächen  
223 zur Norm werden. Wir fordern hiermit eine konkrete Gesamtstrategie zu  
224 entwickeln, welche entscheidende und radikale Grundelemente setzt, um auch 2100  
225 in Berlin leben zu können.

226 Wir begrüßen die Maßnahmen des Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030),  
227 doch wir sehen deren Reichweite und Umsetzung als kritisch und gescheitert. Die  
228 Ziele des BEK 2030 richteten sich nicht nach dem Pariser Klimaabkommen, sind für  
229 die Einhaltung des 1,5°Zieles unzureichend und bereiten Berlin nicht auf eine  
230 klimaneutrale Zukunft vor, in der alle Menschen gesund und geschützt leben  
231 können. Da dieses BEK 2030 bereits 2021 ausläuft und die notwendigen Maßnahmen  
232 für Klimaanpassung bei Weitem nicht ausreichend sind, fordern wir ein neues,  
233 radikales und weitaus umfassenderes nachfolge Energie- und Klimaschutzprogramm  
234 jetzt vorzubereiten. Die aktuellen Prognosen der Klimaveränderung überschreiten  
235 deutlich die bisher angenommenen Werte. Die Klimaanpassung einer Metropole wie  
236 Berlin benötigt Jahrzehnte, währenddessen der Klimawandel schneller

237 voranschreitet, als die negativsten Prognosen aus den letzten Jahren berechnet  
238 hatten. Deswegen ist es wichtig jetzt zu handeln, den Grundstein für ein  
239 klimaneutrales Berlin 2035 zu legen und Anpassungen für die nächsten Jahrzehnte  
240 schon heute zu beginnen!

241 Um die Stadt an die starken Veränderungen anzupassen und die Menschen zu  
242 schützen, fordern wir aus diesen Gründen das größte und nachhaltigste  
243 Maßnahmenpaket für Berlin, das es je gegeben hat und keine Ecke der Stadt  
244 unberührt lässt. Das neue BEK 2100 soll eine Vielzahl von städtebaulichen  
245 Klimaanpassungsentwicklungsprogrammen entwickeln. Dabei werden umfassende und  
246 weitreichende Möglichkeiten analysiert, entwickelt und für die langfristige  
247 Projektstrategie vorbereitet. Die demografische Entwicklung führt – wenn auch  
248 langsamer als in anderen Bundesländern – auch in Berlin zu einer immer älteren  
249 Gesellschaft. Damit wächst auch hier der Anteil der in Bezug auf den Klimawandel  
250 vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Dem muss sich die Klimaanpassungspolitik  
251 Berlins konsequent stellen. Vor diesem Hintergrund soll das neue BEK vor allem  
252 in den Handlungsfeldern Gesundheit und Mobilität stärkere Akzente setzen. Mit  
253 diesen Maßnahmen soll auf die klimatische und demografische Entwicklung  
254 eingegangen werden und die negativen Folgen für Gesundheit, Infrastruktur,  
255 Lebensweisen, Krankenhäuser, Pflege, Schulen und allen anderen Lebensbereichen  
256 vorbeugt und verhindert werden.

257 Verantwortung und Klimagerechtigkeit

258 Wir wollen zusammen mit anderen Städten klimaneutral und klimaresilient werden  
259 und uns von erfolgreichen Konzepten inspirieren lassen. Berlin nimmt seine  
260 Verantwortung für die Treibhausgasemissionen der letzten 150 Jahre ernst,  
261 welche schwerste Auswirkungen und Klimawandelschäden auf Städte in anderen  
262 Kontinenten zur Folge hat. Daher trifft Berlin eine besondere Verantwortung die  
263 eigenen Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren und weltweite  
264 Klimagerechtigkeitsprojekte zu unterstützen. Dafür werden mit bestehenden  
265 Städtepartner\*innenschaften Projekte zur Klimaanpassung und Klimaneutralität  
266 erarbeitet und aufgebaut.

267 Zudem muss Berlin zu weiteren Städten und Regionen Kontakt aufnehmen, denn die  
268 ungleiche Verteilung der Folgen der globalen Erwärmung unter Berücksichtigung  
269 des Verursacher\*innenprinzips, trifft besonders jene Bevölkerungsgruppen,  
270 (mehrheitlich im Globalen Süden), die am wenigsten zum Klimawandel beitragen,  
271 oftmals aber am stärksten und ungeschütztsten unter seinen Folgen zu leiden  
272 haben. Mit diesen Bevölkerungsgruppen wird Berlin Kontakt aufnehmen, über die  
273 Auswirkungen sprechen und Klimapässe anbieten. An Berliner Schulen und  
274 Universitäten wird themenübergreifend über globale Klimagerechtigkeit und die  
275 Klimakrise gelehrt und aufgeklärt.

276 Unsere Hauptforderungen:

- 277 • Berlin an die klimatischen Bedingungen Städtebaulich anpassen
- 278 • Schutz der Menschen in Berlin vor Hitzen, Dürren, Starkregen und  
279 Überschwämmungen
- 280 • Radikale Vorschriften für 99% klimaresilente Gebäudeoberflächen von 80%  
281 des Berliner Gebäudebestandes bis 2040
- 282 • Regenwassernutzung auf Gebäuden mit mehr als 500m<sup>2</sup> Dachfläche
- 283 • Regenwassernutzung auf allen Dachflächen
- 284 • Verstärkte Schutzmaßnahmen zum Erhalt und Pflege von grünen und blauen  
285 Flächen
- 286 • Anzahl der Straßenbäume in Berlin bis 2030 um 25% zu steigern
- 287 • Umfassendes Baumscheibenbepflanzungsprogramm und 100.000 neue  
288 Baumpat\*innen
- 289 • Aufklärungskampagne über Stadtgrün und Wasserbedarf von Stadtbäumen
- 290 • Bereitstellungspflicht von Wasseranschlüssen im Erdgeschoss von  
291 Wohngebäuden für die dezentrale Bewässerung von Baumscheiben
- 292 • Entsiegelungsprojekte und Bepflanzung für ein natürliches Kühlen von 50%  
293 der Verkehrsfläche im Einklang mit einer Stärkung des Umweltverbundes
- 294 • Umfassendes und nachhaltiges Maßnahmenpaket für die Klimaanpassung Berlins
- 295 • Vielzahl von städtebaulichen Klimaanpassungsentwicklungsprogrammen
- 296 • Verknüpfung von Verkehrswende und Klimaanpassung
- 297 • Investitionen zur Erforschung weiterer Klimaanpassungsmaßnahmen
- 298 • Ausbau des Grünflächenamtes (Budget und Personal)
- 299 • Frischluftschneißen statt Autobahnen
- 300 • Weltweite Klimagerechtigkeitsprojekte mit neuen, von Klimawandel bedrohten  
301 Partner\*innenstädten

## Begründung

Erfolgt mündlich und stellenweise im Antrag.

Literaturhinweise:

1. Coumou, D., Robinson, A. & Rahmstorf, S. Global increase in record-breaking monthly-mean temperatures. *Clim. Change* 118, 771–782 (2013).

2. Coumou, D. & Rahmstorf, S. A decade of weather extremes. *Nat. Clim. Chang.* 2, 491 (2012).
3. Hansen, J., Sato, M. & Ruedy, R. Perception of climate change. *Proc. Natl. Acad. Sci.* 109, E2415–E2423 (2012).
4. Mohr, S., Kunz, M. & Keuler, K. Development and application of a logistic model to estimate the past and future hail potential in Germany. *J. Geophys. Res. Atmos.* 120, 3939–3956 (2015).
5. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel-0#wer-muss-sich-an-den-klimawandel-anpassen>
6. David Nelles, Christian Serrer "Kleine Gase- Grosse Wirkung", 2018, <https://www.klimawandel-buch.de/>
7. Paul Hawken "Drawdown - Der Plan", 2017
8. <http://www.flussbad-berlin.de/>
9. <https://www.ubm-development.com/magazin/gruen-gruener-koe-bogen-2/>
10. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel-0#wer-muss-sich-an-den-klimawandel-anpassen>
11. <https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/stadtgruen/gris/>
12. [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/23/Art\\_01.html](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/23/Art_01.html)

## A11 Gleiche Rechte für Regenbogenfamilien

Antragsteller\*in: Kai Oehring

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Die Grüne Jugend Berlin möge folgenden Antrag beschließen und auf Bundesebene,  
2 sowie bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN einbringen:

3 Obwohl es nicht-heterosexuellen Paaren inzwischen ermöglicht wurde zu heiraten  
4 oder Lebenspartnerschaften einzugehen, besteht laut dem deutschen  
5 Abstammungsrecht eine „normale“ Familie noch immer aus einer Mutter und einem  
6 Vater.

7 Aus diesem Grund ist ein Kind das in eine heterosexuelle Ehe oder  
8 Lebenspartnerschaft geboren wird meist automatisch auch das Kind des Mannes,  
9 auch wenn es sich nicht um den biologischen Vater handelt.

10 Wird jedoch ein Kind in eine nicht-heterosexuelle Ehe oder Lebenspartnerschaft  
11 geboren, muss das zweite Elternteil eine langwierige Stiefkindadoption  
12 durchlaufen.

13 Dieser Ungerechtigkeit muss ein Ende bereitet werden. Deshalb fordern wir, das  
14 Abstammungsrecht zu reformieren, jegliche Andeutung auf das Geschlecht der  
15 Eltern aus dem Gesetz zu streichen und Kinder die in eine Lebenspartnerschaft  
16 oder Ehe geboren werden generell automatisch auch als Kind des nicht-gebärenden  
17 Elternteils anzuerkennen, unabhängig vom Geschlecht der beiden Eltern.

18 Änderungsvorschlag:

19 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

20 § 1591 Elternschaft

21 Elternteil eines Kindes ist die Person,

22 1. die ein Kind geboren hat,

23 2. die zum Zeitpunkt der Geburt mit der gebärenden Person verheiratet ist,

24 3. die die Elternschaft anerkannt hat oder

25 4. deren Elternschaft nach § 1600d oder § 182 Abs. 1 des Gesetzes über das

26 Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen

27 Gerichtsbarkeit gerichtlich festgestellt ist.

28 Außerdem soll in allen folgenden Paragraphen des Abstammungsrechts von

29 Elternschaft und nicht von Vaterschaft die Rede sein.

30 Dadurch wird auch die Formulierung in §1591 BGB „Mutter eines Kindes ist die

31 Frau, die es geboren hat.“ angepasst, da sie Personen diskriminiert, die

32 biologisch dazu in der Lage sind ein Kind zu gebären, sich aber nicht als Frau

33 identifizieren.

34 Wir fordern Bündnis 90/ DIE GRÜNEN BERLIN dazu auf, in einer

35 Bundesratsinitiative diese Diskriminierung mit einer Gesetzesänderung sofort zu

36 beenden!

## A12 Die Klimawende schaffen wir nur gemeinsam!

Antragsteller\*in: Annka Esser, Marlene Jahn und Robin Miller (GJ Berlin)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Mit der Klimakrise stehen wir vor der größten gesellschaftlichen Herausforderung  
2 aller Zeiten. Unsere Wirtschafts- und Lebensweise muss sich fundamental ändern,  
3 damit wir CO2 Emissionen auf ein Netto O<sup>1</sup> reduzieren und unsere Lebensgrundlage  
4 erhalten können.

5 Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist daher klar: nur mit der Unterstützung,  
6 Tatkräftigkeit und Kreativität aller Berliner\*innen können wir Berlin so  
7 umbauen, dass es zu einer klimagerechten Welt beiträgt.

8 Bildung über die Klimakrise für Alle!

#### 9 Klimagerechtigkeit in der Schule:

10 Alle Berliner\*innen müssen über das Ausmaß der Klimakrise aufgeklärt werden.  
11 Außerdem müssen die Beteiligungsmöglichkeiten für einen Betrag zur  
12 Klimaneutralität aufgezeigt werden.

13 Bereits in der Schule muss Klimagerechtigkeit eine präzente Rolle spielen.

14 Mindestens 20% des Lehrplanes sollen Nachhaltigkeits- und

15 Klimaschutzthemen behandeln. Da die Klimakrise soziale Ungerechtigkeiten  
16 verschärft und daher intersektional gedacht werden muss, soll es  
17 fächerübergreifende Projektwochen an Schulen geben. Damit das Lehrpersonal  
18 darauf vorbereitet ist, müssen umfassende

19 Fortbildungen zu den Themen Klimakrise, Klimaanpassung, Klimagerechtigkeit und  
20 Nachhaltigkeit angeboten werden. Es soll auch ein spezielles Angebot für

21 Schulleiter\*innen und Leitungen von Kindertagesstätten geben. Außerdem soll eine  
22 Plattform eingerichtet werden, auf der Lehrer\*innen erstellte Schulmaterialien zu  
23 dem Thema teilen können.

24 Jede Schule sollen Klima-AGs einrichten, in denen Schüler\*innen

25 an zwei Stunden in der Woche eigenständig arbeiten können und Projekte  
26 entwickeln können.

27 Exkursionen zu Globalstreiks sollen genutzt werden, um Schüler\*innen

28 demokratische Beteiligung näher zu bringen. Die Kriminalisierung durch schlechte

29 Benotung, Nichtversetzen oder Schulversäumnisanzeigen muss beendet werden.

#### 30 Klimagerechtigkeit in der Ausbildung und im Studium:

31 Nachhaltigkeit und Klimaanpassung muss auch ein Bestandteil jeder Ausbildung  
32 sein. Die Nachhaltigkeit von Projekten darf nicht länger Aufgabe von  
33 beispielsweise einzeln Handwerksunternehmen sein.

34 Auch die Ökologische Weiterbildungen müssen kostenlos werden.

35 Alle Student\*innen sollen ein Klimastudium (30 LP überfachlich, 30 LP im eigenen  
36 Fach) absolvieren nach dem Vorbild des Studium Generale. Das bedeutet, dass sich  
37 alle Student\*innen im ersten Studienjahr ausgiebig mit der Klimakrise und  
38 Klimagerechtigkeit beschäftigen. Die Einführung dieses Studiumzweiges muss bis  
39 spätestens 2023 erfolgt sein.

40 Außerdem müssen sich alle Hochschulen eine Nachhaltigkeitsstrategie geben, die  
41 dazu

42 führt, dass sie 2030 klimaneutral sind. Bei der Erarbeitung müssen alle  
43 Statusgruppen mit eingebunden werden. Außerdem muss es eine entsprechende  
44 Finanzierung hierfür geben.

45 Es ist wichtig, dass junge Menschen und zukünftige Wähler\*innen umfassend über  
46 die Klimakrise informiert sind. Doch gerade Erwachsene, die momentan über unsere  
47 Zukunft entscheiden, müssen bereits jetzt darüber informiert sein. Daher ist es  
48 umso wichtiger, dass nicht nur Menschen an diese Informationen gelangen, die  
49 jeden Tag Zeitung lesen und diese verstehen.

50 Jede Angestellte sollte die Möglichkeit haben 7 Klima-Bildungstage im Jahr zu  
51 machen.

52 Diese Bildungsurlaubstage werden von staatlich geprüften Initiativen und  
53 Organisationen durchgeführt. Außerdem muss es jährliche Informationskampagne  
54 über die Klimakrise und wie man sich an der Klimawende beteiligen kann in  
55 verschiedenen Sprachen geben (mindestens türkisch, deutsch, englisch, arabisch  
56 und polnisch).

57 Klimabürger\*innenrat für das Projekt Klimaneutral bis spätestens 2035

58 Gerade wurde von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine  
59 Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die bis Anfang nächsten Jahres prüfen  
60 wird, was getan werden muss, damit Berlin bis 2035 klimaneutral wird. Diese  
61 Machbarkeitsstudie ist ein Anfang. Wie Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen  
62 umgesetzt werden können, muss gesellschaftlich ausgehandelt werden, verschiedene  
63 gesellschaftliche Perspektiven müssen in diesen Prozess mit einfließen.

64 Für diese Aufgabe soll ein Klimabürger\*innenrat noch bis Ende der  
65 Legislaturperiode einberufen werden. Der soll von soll Senat einberufen werden,  
66 sodass die dort formulierten Maßnahmen auch umgesetzt werden. Seine Ergebnisse  
67 soll der Klimabürger\*innenrat Projekt 2035 bis spätestens zu Beginn der  
68 Koalitionsverhandlungen vorstellen.

69 Das Ziel 2035 Klimaneutralität ist dabei nicht verhandelbar. Aber wir müssen  
70 anfangen gemeinsam als Gesellschaft darüber zu reden, wie wir uns gegenseitig  
71 dabei unterstützen können das Ziel zu erreichen ohne, dass Mitmenschen unter  
72 Existenzängsten leiden.

73 Hierfür werden durch das Land Berlin im Losverfahren eine Gruppe von  
74 Berliner\*innen aus unterschiedlichen Kontexten ausgewählt. Dieses Gremium wird  
75 von Wissenschaftler\*innen und nicht kommerziellen Interessenvertretungen  
76 beraten.

77 Damit das Gremium möglichst divers ist, sollen Gründe warum Menschen, die  
78 ausgelost wurden nicht mitmachen wollen, minimiert werden. So muss

79 Kinderbetreuung und barrierefreiheit gewährleistet werden. Menschen, die darauf  
80 angewiesen sind, sollen Aufwandsentschädigungen erhalten.

81 Platz und Geld für zivilgesellschaftliches Engagement!

82 Wir befürworten Maßnahmen wie die 30 Stunden Woche oder ein bedingungsloses  
83 Grundeinkommen, welche dazu führen, dass sich es alle Menschen leisten können,  
84 sich für Klimagerechtigkeit zu engagieren.

85 Gleichzeitig wollen wir Kiezstrukturen aufbauen, die Initiativen strukturell  
86 undfinanziell bei ihrer Arbeit unterstützen. Wie nach dem Beispiel "Fix my  
87 Berlin" soll Arbeit gebündelt werden und Hilfestellungen für das Engagement  
88 bereitgestellt werden.

89 Hierfür könnten Quartiersmanagementkonzepte auf alle Quartiere ausgeweitet  
90 werden.

91 Außerdem fordern wir ein Klimahaus für jeden Bezirk. Hier sollen  
92 zivilgesellschaftliche Gruppen Räume nutzen können, in denen sie sich treffen  
93 und Plenarabenden abhalten können. In Klimahäusern sollen Beratungsstellen zu  
94 Klimaschutzfragen angesiedelt sein.

95 Dort soll auch Raum sein, um Best Practice Beispiele auszutauschen und über  
96 Probleme und Hindernisse zu reden.

97 1) Es werden nicht mehr CO<sub>2</sub> Emissionen ausgestoßen, wie nicht kompensiert  
98 werden können.

## Begründung

erfolgt mündlich



## A13NEU Sämtliche Lager Evakuieren - Menschenwürde Unterbringung für alle Geflüchteten jetzt!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Berlin fordert die sofortige Evakuierung sämtlicher
- 2 Geflüchteten-Lager innerhalb der Europäischen Union. Alle Menschen haben das
- 3 Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung. Dieser Anspruch sollte die Politik
- 4 anleiten. Geflüchtete müssen demnach gut und sicher untergebracht werden.
  
- 5 Die Zustände in den griechischen Lagern sind grausam. Im Camp Moria allein leben
- 6 schätzungsweise immer noch ca. 15.000 Menschen, obwohl das Camp für 3000 gebaut
- 7 wurde. Es gibt zu wenige Sanitäreinrichtungen, kaum Bildungs- und Betreuungsangebote
- 8 für Kinder und zu wenige Krankenstationen. Das Camp Moria steht sinnbildlich für
- 9 das Scheitern der EU. Und die Situation in anderen Lagern ist nicht viel besser.
  
- 10 Wir haben Platz in Berlin. Und auch anderswo in Deutschland. Daher fordern wir,
- 11 dass zumindest die Anzahl an Geflüchteten aufgenommen werden, zu der sich alle
- 12 Kommunen und Länder in Deutschland bereit erklärt haben. Berlin sollte gegen die
- 13 juristisch fragwürdige Entscheidung von Bundesinnenminister Seehofer Klage
- 14 einreichen! Die Bundesländer sind nach dem Grundgesetz in ihren Entscheidungen
- 15 autonom und können souverän über eine Landesaufnahmeverordnung entscheiden!
  
- 16 Für uns gilt: Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern sollte durch die
- 17 Europäische Union gefördert und unterstützt werden. Das Sterben an den
- 18 europäischen Außengrenzen muss sofort aufhören. Die Organisation Frontex soll
- 19 abgeschafft werden. Stattdessen sollte das Geld dafür aufgewendet werden die
- 20 medizinische und (trauma-)psychologische Betreuung von Geflüchteten zu
- 21 gewährleisten.

### Begründung

Erfolgt mündlich

## A14 Wir brauchen erneuerbare Energie, statt klimaschädliche Steinzeittechnologie!

Antragsteller\*in: Annka Esser, Isabella Hoyer, Robin Miller, Justus Zimmermann

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Damit Berlin seinen Teil zu den in Paris vereinbarten Klimazielen beitragen  
2 kann, ist eine schnelle und drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen  
3 zwingend notwendig. Der Bau- und Wohnsektor ist laut Berliner Energietisch für  
4 rund die Hälfte der Berliner Treibhausgasemissionen verantwortlich. Daher spielt  
5 dieser Sektor für die 1,5° Begrenzung der Klimaerwärmung und der dafür  
6 notwendigen Klimaneutralität bis spätestens 2035, eine zentrale Rolle. Die  
7 Emissionen entstehen zu einem großen Teil durch die Versorgung der Gebäude mit  
8 Wärme und Strom. Ein weiterer Teil der Emissionen entsteht zusätzlich bereits  
9 vor dem Erstbezug: durch Bau und Herstellung der Baustoffe, beispielsweise  
10 Zement, als auch am Ende der Gebäudelebensdauer durch den Abriss der Gebäude.  
11 Dieser Energieverbrauch wird aber bisher nicht in die Energiebilanz von Gebäuden  
12 mit einberechnet.

13 In Berlin wird ein beachtlicher Teil der Gebäude durch zentrale Fernwärmenetze  
14 versorgt, welche ihre Energie aktuell durch Verbrennung fossiler Energieträger,  
15 wie fossile Kohle, Gas, Öl oder Müll beziehen. Damit ist die Wärmeversorgung,  
16 besonders die Fernwärmeversorgung, eine der wesentlichen Stellschrauben, die  
17 Berliner Energieversorgung klimaneutral zu gestalten.

18 Als GRÜNE JUGEND Berlin fordern wir deshalb die schnellst mögliche Wärmewende  
19 und werden dafür auf der Straße und bei Bündnis 90/ DIE GRÜNEN streiten:

20 Es geht nicht darum, was wir umsetzen können, sondern was wir müssen um unsere  
21 Lebensgrundlage zu erhalten!

22 Wir wollen eine Umkehr der Diskussion erreichen! Der Ausgangspunkt aller  
23 Entscheidungen und Analysen soll nicht der Status quo sein, sondern eine  
24 klimagerechte Welt und damit ein klimaneutrales Berlin möglichst bis 2030. Wenn  
25 bestimmte Maßnahmen, die für Klimagerechtigkeit zwingend notwendig sind, aus  
26 marktwirtschaftlichen oder finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden können,  
27 müssen wir das System verändern und nicht die Umsetzung von Maßnahmen, für  
28 grundlegend notwendige Ziele, scheitern lassen.

29 Wir fordern die Fernwärmenetze auf ein Ultra-niedrigtemperatur-Fernwärmenetze  
30 umzubauen. Es dürfen keine neuen Gaskraftwerke gebaut werden, um die  
31 Fernwärmenetze mit Energie versorgen. Spätestens ab 2035 dürfen keine  
32 Treibhausgasemissionen im Bau- und Wärmesektor in Berlin emittiert werden. Der  
33 Gebäudebestand wird schnell und flächendeckend energetisch und wärmietenneutral  
34 saniert.

35 Wärmewende im Fernwärmenetz!

36 Aktuell laufen die Berliner Fernwärmenetze hauptsächlich auf einer sehr hohen  
37 Vorlauftemperatur von knapp unter 100°C (Fernwärmenetz 1. und 2. Generation).  
38 Dadurch ist es kaum möglich, Wärme aus erneuerbaren Energiequellen in die Netze  
39 einzuspeisen, da mit diesen nicht so hohe Vorlauftemperaturen sinnvoll erreicht  
40 werden können.

41 Aus diesem Grund ist es zwingend notwendig bis 2030 die kompletten  
42 Fernwärmenetze auf Ultraniedrigtemperatur-Fernwärmenetze, also der technisch 4.  
43 Generation von Fernwärmenetzen, umzubauen. Dies wird beispielsweise bereits  
44 flächendeckend in Dänemark eingesetzt. Jede Stadt braucht eine kommunale  
45 Wärmeplanung, durch die Bedarfe und Verfügbarkeiten miteinander in Einklang  
46 gebracht werden. Es müssen endlich sogenannte Wärmekataster erstellt werden, in  
47 denen verschiedenste dezentrale Wärmequellen gesammelt werden. Durch diese  
48 niedrigere Temperatur der Fernwärme können viele neue und verschiedene  
49 erneuerbare Wärmequellen erschlossen und dezentral in die Netze eingespeist  
50 werden. Das sind zum Beispiel die Nutzung von Abwärme von Supermärkten,  
51 Industrieprozesse, Kühlhallen, Bürogebäuden, Serveranlagen und U-  
52 Bahnschachtabwärme. Zudem gibt es ein breites Potenzial für Geothermie, Luft-,  
53 Erdwärmekollektor- und Grundwasserwärmepumpen, sowie Solarthermie auf Dächern,  
54 großen Fassadenflächen, und nahe gelegenen freien Flächen um Berlin. Dieser  
55 umfangreiche Mix aus Energiequellen muss im Einklang mit saisonalen Wärme-,  
56 Kälte- und Energiespeichern dynamisch genutzt werden. Dafür fordern wir einen  
57 dezentralen und massiven Ausbau an großen und kleinen Energiespeichern. So  
58 sollen in allen Kiezen und Quartieren Berlins chemische, thermodynamische,  
59 potentielle oder kinetischer Energiespeicher für kurze oder lange Speicherdauer  
60 das Gesamtkonzept unterstützen.

61 Zudem sollen weitere Kleinwindkraftwerke an und auf neuen Gebäuden in Berlin,  
62 sowie Windkraftwerke in Brandenburg gebaut werden und in dieses  
63 sektorenübergreifende Gesamtkonzept integriert werden.

64 Um den Ausbau dieser Methoden weiter voran zu treiben, fordern wir  
65 flächendeckende Förderungsprogramme, wie einen Risikofond. Die gesetzliche  
66 Grundlage soll ein "Erneuerbare-Wärme-Gesetz" bilden, welches ein  
67 Diskriminierungsverbot für Dritteinspeisung und eine maximale CO<sub>2</sub>-Quote  
68 beinhaltet, welche linear bis spätestens 2030 auf null gesenkt wird. Für uns ist  
69 klar: Erzeuger\*innen, Speicher, vernetzte Quartiere, Energetische Sanierung und  
70 Verbraucher\*innen müssen die Energiewende gemeinsam schaffen. Deswegen muss  
71 mittelfristig der gesamte Energieversorgungssektor rekonstruiert werden und  
72 Pfadabhängigkeiten abgeschaffen werden!

73 Die Nutzung von fossilen Rohstoffen zur Erzeugung von Wärme unter anderem in  
74 Einfamilienhaushalten ist im Jahr 2020 nicht mehr zeitgemäß. Die GRÜNE JUGEND  
75 Berlin fordert daher ein generelles Verbot von Öl- und Gaskesselheizungen ab  
76 2021 und deren dynamischen Umbau zu effizienten und erneuerbare Wärmequellen bis  
77 2025. In einem großen Beratungs- und Förderungsprogramm, welches sich besonders  
78 an FIT\* Personen, nicht-Akademiker\*innen und Menschen, deren erste Sprache nicht  
79 deutsch ist, richtet, sollen bis 2025 die letzten ineffizienten Einzellösungen,  
80 beispielsweise offene Kamine, Öl- und Gaskesselheizungen, außer Betrieb genommen  
81 werden. Dafür soll auf Bundesebene eine entsprechende Förderungsmaßnahme, wie  
82 z.B. eine Abwrackprämie geschaffen werden.

83 Gaskraftausstieg für die Wärmewende:

84 Berlin hat 2017 zwar den Kohleausstieg beschlossen, jedoch soll über 60% der  
85 Energie künftig durch ein neues Gaskraftwerk von Vattenfall kompensiert werden.  
86 Dieses Gaskraftwerk würde auch eine wichtige Rolle bei der Versorgung der  
87 Fernwärmenetze und damit bei der Energieversorgung vieler Berliner Haushalte  
88 spielen. Dabei ist Erdgas nicht unbedingt weniger klimaschädlich, als Braun-

89 oder Steinkohle. Denn durch die Verbrennung von Erdgas werden zwar weniger CO<sub>2</sub>  
90 Emmissionen produziert, jedoch wird auf dem ganzen Förderungsweg immer wieder  
91 Methan frei, was um ein vielfaches klimaschädlicher als CO<sub>2</sub> ist.

92 Vattenfall verspricht dem Berliner Senat deswegen, das Kraftwerk irgendwann  
93 vollständig mit Grünem Wasserstoff zu versorgen, damit Berlin irgendwann  
94 klimaneutral werden kann. Grüner Wasserstoff ist durch erneuerbaren Strom  
95 produzierter Wasserstoff, welcher in Gaskraftwerken für die Erzeugung von Wärme  
96 und Strom, fast wie Erdgas verwendet werden kann. Dieses Versprechen ist jedoch  
97 realistisch nicht zu halten, da es nicht genug grünes Gas geben wird, um alle  
98 aktuellen und neu geplanten Kraftwerke zu versorgen. Zu dem ist die Beschaffung  
99 ungeklärt, denn der Ausbau erneuerbaren Energien läuft in Deutschland viel zu  
100 schleppend voran als das der gesamte Bedarf gedeckt werden kann.

101 Die Erwartungshaltung, dass Länder im globale Süden im speziellen  
102 nordafrikanische Länder wie Marokko uns ausreichend mit grünem Wasserstoff  
103 versorgen, damit wir unsere Energieversorgung und Lebensweise nicht ändern  
104 müssen, ist anmassend und reproduziert ein rassistisches Weltbild.

105 Dazu kommt, dass es andere Bereiche wie die Stahlproduktion gibt, die auf die  
106 höheren Temperaturen des grünen Wasserstoff angewiesen sind. Grüner Wasserstoff  
107 soll nur hier oder zur Speicherung von überschüssiger erneuerbarer Energie  
108 genutzt werden, wo der Einsatz sinnvoll ist!

109 Vattenfall will in Zukunft grünen Wasserstoff verbrennen, nicht weil es die  
110 einzige Möglichkeit einer klimaneutralen Wärmeversorgung für Berlin ist, sondern  
111 weil der Großkonzern ein Interesse an einer fortlaufenden zentralen  
112 Wärmeversorgung hat, mit dem das Unternehmen viel Geld verdienen kann.

113 Aus einer ökologischen, sowie einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive ist  
114 eine zentrale und klimaneutrale Wärmeversorgung, völlig unsinnig. Zudem wird der  
115 dringend notwendige Umbau der Fernwärmenetze verzögert und dezentrale Methoden,  
116 wie Wärmepumpen, Geothermie, Prozess- oder Abwärme werden blockiert.

117 Deswegen fordern wir einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern in der  
118 Wärmeversorgung Berlins. Wir fordern die Landesregierung auf, alle Verhandlungen  
119 über ein weiteres Gaskraftwerk sofort zu stoppen! Sondern konsequente  
120 Investitionen in dezentrale und ökologische Alternativen.

121 Energiebedarf an die Wärmewende anpassen:

122 Da durch erneuerbare Energiequellen der aktuelle Energiebedarf nicht gedeckt  
123 werden kann, muss der Gebäudesektor deutlich energieeffizienter werden. Deswegen  
124 müssen wir in den kommenden Jahren den Gebäudebestand flächendeckend energetisch  
125 sanieren. Dafür ist eine Sanierungsquote von unter 1% pro Jahr, wie es sie  
126 aktuell gibt, nicht ausreichend! Wir fordern eine Sanierungsquote von mindestens  
127 10%, damit bis 2030 der gesamte Gebäudebestand energetisch saniert ist. Dabei  
128 muss das Ziel sein, dass der Energiebedarf deutlich verringert wird und dabei  
129 der Fernwärmeanschluss für ein Niedertemperatur Fernwärmenetz vorbereitet wird.  
130 Alle Häuser, die ab 2021 saniert werden, müssen im Anschluss mindestens dem  
131 passiv-Standard entsprechen. Da dies nicht immer möglich ist, müssen ab 2030  
132 alle Quartiere in Berlin mindestens passiv sein. Die energetischen Sanierungen  
133 sollen möglichst warmmietenneutral sein. Das heißt, die Energieeinsparungen  
134 durch die Sanierung sind so hoch, dass sie die Mietsteigerung durch die  
135 Modernisierungsumlage ausgleichen. Parallel dazu fordern wir die Abschaffung von

136 §559 im Bau Gesetzbuch, welcher regelt, dass durch eine Modernisierung die Miete  
137 dauerhaft angehoben werden darf, selbst wenn die Modernisierungsmaßnahme schon  
138 vollständig refinanziert wurde. Statt §559 BauGB setzen wir uns für das  
139 sogenannte Drittelmodell ein, welches zur Folge hat, dass die Finanzierung zu  
140 gleichen Teilen von Öffentlicher Hand, Vermieter\*innen und Mieter\*innen  
141 übernommen wird, bis die Kosten refinanziert sind. Die Höhe und der Zeitraum für  
142 diesen Nebenkostenposten richtet sich an den eingesparten Energiekosten und muss  
143 für die Mieter\*innen warmmietenneutral sein. Anschließend wird dieser  
144 Kostenanteil aus den Nebenkosten für die Mieter\*innen entfernt und somit sinkt  
145 auch die Warmmiete. Modernisierungsmaßnahmen dürfen nur auf den/die Mieter\*in  
146 umgelegt werden, wenn dadurch nachweisbar eine Energieeinsparung erzielt wird.  
147 In der Berechnung müssen die Klimafolgen der Modernisierung selber (Baustoffe  
148 etc.) mit einberechnet werden. Bevor die Maßnahme auf die Miete umgelegt werden  
149 kann, müssen alle möglichen Förderungen vollständig ausgeschöpft werden.

150 Bisher erfolgt eine energetische Bewertung von Gebäuden nur dem Energieverbrauch  
151 des fertigen Gebäudes. Dies berücksichtigt jedoch nur einen geringen Teil der  
152 Treibhausgasemissionen, denn der gesamte Gebäudelebenszyklus beinhaltet den  
153 Energieverbrauch der Planung, dem Bau und dem Abriss. Besonders letzteres ist  
154 für einen sehr hohen Anteil der Treibhausgase verantwortlich. Deswegen fordern  
155 wir die ökologische Berechnung des gesamten Gebäudelebenszyklus der Gebäude.  
156 Dafür muss das Gebäudeenergiegesetz geändert werden. Für eine solche Änderung  
157 soll sich Berlin mit einer Bundesratsinitiative einsetzen.

158 Viele Wohngebäude in Berlin wurden vor sehr langer Zeit gebaut. Durch neue  
159 Technologien, lange Erfahrung und der guten Ausbildung von Ingenieur\*innen und  
160 Architekt\*innen sollten heutige Gebäude diesen in ihrer Lebenszeit deutlich  
161 überlegen sein. Gebäude sollten prinzipiell für eine Lebensdauer von mehreren  
162 hundert Jahren konzipiert werden. Wir fordern eine generelle Bevorzugung und  
163 Förderung der Gebäudesanierung vor dem Abriss und Neubau.

164 Sogenannte "Rebound-Effekte" müssen vermieden werden: CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch  
165 eine energetische Sanierung dürfen z.B. nicht durch eine größere Wohnfläche  
166 zunichte gemacht werden.

167 Generell muss ein Konzept erarbeitet werden, den Flächenverbrauch und damit den  
168 Energieverbrauch pro Person zu senken. Das Land soll zum einen ein  
169 Förderungsprogramm zum Wohnungstausch wieder aufnehmen. Außerdem sollen Projekte  
170 mit flexiblen Grundrissen gefördert werden.

171 Die öffentliche Hand selbst soll bei ihren Neubauprojekten sowie  
172 Gebäudesanierungen nur klimapositive Materialien einsetzen. Außerdem fordern wir  
173 den Senat dazu auf, alle Neubauprojekte nur zu genehmigen, wenn sie ein  
174 klimaneutrales Gesamtkonzept vorweisen und das nachhaltigste Projekt, bei  
175 Genehmigungsverfahren bevorzugt zu behandeln.

176 Dieses Sanierungsaufgebot zu schaffen ist auch deshalb eine große  
177 Herausforderung, da es in Handwerksberufen, die Klimaanpassungen durchführen,  
178 ein Fachkräftemangel besteht. Es braucht eine Ausbildungsstrategie! Zum einen  
179 fordern wir eine Anwerbekampagne zusammen mit der Handelskammer. Außerdem setzen  
180 wir uns für die Schaffung eines öffentlichen Ausbildungsunternehmens ein. Hier  
181 sollen Menschen ausgebildet werden, die gerade mit der Sanierung von  
182 öffentlichen Gebäuden beauftragt werden. Zusätzlich soll es ein Programm für  
183 Menschen ohne Abschluss geben, dass sie auf die Anforderungen bei einer

184 Ausbildung in diesem Bereich vorbereitet und eine Ausbildungsgarantie  
185 ausspricht.

186 Gebäude, die heute gebaut werden, müssen zur Klimaneutralität beitragen!

187 Außerdem setzen wir uns für ein Verbot von klimaschädlichen Bau- und Dämmstoffen  
188 ein und fordern, dass ab 2025 nur noch ökologische Stoffe wie z.B. Holz, Kork,  
189 Hanf oder Stroh verwendet werden. Es sollen Fördermittel zur Verfügung gestellt  
190 werden, welche die Benutzung von ökologische Bau- und Dämmstoffen attraktiver  
191 machen.

192 Damit Berlin seine Klimaziele einhalten kann, ist es zwingend notwendig, dass  
193 neu gebaute Gebäude hohen Energiestandards entsprechen. Deswegen fordern wir,  
194 dass ab sofort nur noch Passivhäuser und ab 2030 nur noch Plusenergiehäuser  
195 genehmigt werden.

196 An dieser Stelle sollen das Land Berlin und die Bezirke mit gutem Beispiel  
197 vorangehen und ihren gesamten Gebäudebestand bis 2025 energetisch saniert haben.  
198 Außerdem müssen alle neuen Bauprojekte des Landes und der Bezirke ab 2021  
199 mindestens dem Passivhausstandard entsprechen.

200 Wir wollen neue und alte Gebäude in Quartieren vernetzen und die Energie- und  
201 Wärmeversorgung effizienter und nachhaltiger gestalten. Indem innovative  
202 Quartierslösungen gefördert und an die umgebende Infrastruktur angebunden wird,  
203 können Insellösungen verbunden und saisonale Effekte genutzt werden.

## Begründung

Erfolgt mündlich und stellenweise im Antrag.

## A15NEU Linke Freiräume erhalten - Räumungen verhindern!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Die Räumung des Syndikats am Anfang August war für Aktive in der linken Szene  
2 sowie die gesamte Nachbar\*innenschaft ein Schlag ins Gesicht. Für viele andere  
3 war es mindestens sehr schade. Das Syndikat war für mehrere Jahrzehnte ein  
4 fester und zentraler Bestandteil der Neuköllner Kiezkultur. Es war Treffpunkt,  
5 Rückzugsort und nicht zuletzt ein politischer Raum, in dem Bildungsarbeit  
6 geleistet, eine solidarische Nachbar\*innenschaft oder Protest gegen Nazis  
7 organisiert wurde.

8 Undemokratische Polizeieinsätze verhindern!

9 Den riesigen Polizeieinsatz, zur Räumung des Syndikats samt der starken  
10 Einschränkungen der Versammlungsfreiheit (z.B. der Ausweisung einer, fast den  
11 gesamten Kiez umfassenden polizeilichen Sperrzone), kritisieren wir scharf. Es  
12 kann nicht sein, dass die Interessen privater, milliardenschwerer  
13 Investor\*innen, die im Gegensatz zum Syndikat keinerlei gemeinnützige oder  
14 soziale Ziele verfolgen, sondern nur den Ausverkauf der Stadt vorantreiben, mit  
15 einen durch Steuermitteln finanzierten Polizeieinsatz durchgesetzt werden.

16 Linke Freiräume sind wichtig für Berlin!

17 Das Syndikat ist nur eins von mehreren linken Projekten, die aktuell akut  
18 räumungsbedroht sind. In den letzten Jahren hat die Szene bereits mit dem  
19 Drugstore, der Friedel54 und der Liebig14 wichtige Orte verloren, für die keine  
20 Ersatzräume in Sicht sind. Außerdem stehen die Potse in Schöneberg (ein  
21 selbstverwaltetes Jugendzentrum), die Liebig34 (ein queer\*feministisches  
22 Hausprojekt und Infoladenkollektiv) im Friedrichshain und die Meuterei kurz vor  
23 der Räumung.

24 Diese und andere Räume, wie die Rigaer94 oder Meuterei, sind zentrale Räume für  
25 die gesamte linke Szene in Berlin. Viele verschiedene Gruppierungen nutzen diese  
26 regelmäßig kostengünstig bzw. kostenlos für Plena und organisieren dezentral  
27 Demonstrationen gegen die AfD oder andere Nazis sowie andere Demonstrationen,  
28 wie den Frauen\*-Kampftag. Sollte es bald keine oder deutlich weniger dieser  
29 Räume geben, würde wichtige und demokratiefördernde politische Arbeit wegfallen.

30 Die linken Freiräume bieten außerdem Schutz für Menschen -insbesondere Frauen\*;  
31 inter\*- oder trans\*-Personen-, die vor Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung  
32 fliehen. Migrant\*innen, deren Aufenthalt in Deutschland illegalisiert wird,  
33 können sicher unterkommen und finden Unterstützung.

34 Viele der Bewohner\*innen linker Räume geraten durch die Verdrängung der Projekte  
35 in Existenzängste, da sie aus verschiedenen Gründen (prekäre  
36 Beschäftigungsbedingungen, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt usw.) keine  
37 anderen Wohnmöglichkeiten haben. Einige dieser Menschen würden nach der Räumung  
38 weiterer Projekte in die Wohnungslosigkeit rutschen.

39 Außerdem wird in diesen Räumen wichtige politische Bildungsarbeit geleistet.  
40 Insbesondere in Orten wie der Potse werden seit Jahrzehnten junge Menschen

41 motiviert, sich aktiv mit dem politischen Geschehen auseinander zu setzen. Es  
42 werden von Anfang an grundlegende demokratische Werte, wie die Gleichheit aller  
43 Menschen, Meinungsfreiheit oder der Kampf gegen undemokratische Strukturen und  
44 Einstellungen vermittelt. Dadurch stärken diese Räume und Projekte aktiv die  
45 Demokratie und Zivilgesellschaft. Gehen solche Projekte verloren, geht auch  
46 diese wichtige Bildungsarbeit verloren und rechte, undemokratische Strukturen  
47 profitieren im Zweifelsfall davon.

48 Schon jetzt sind Räume für linke Bildungs- und Bündnisarbeit knapp. Verschärft  
49 sich die Raumsituation in der Szene in den kommenden Jahren weiter, hat diese  
50 bald ein sehr ernsthaftes Raumproblem.

51 Konsequente Unterstützung linker Freiräume

52 Aus diesen Gründen erkennt die GRÜNE JUGEND Berlin den Wert linker Freiräume an  
53 und setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, diese zu erhalten und Ersatzräume für  
54 bereits verdrängte Projekte zu finden. Weiter ist unser Ziel, nicht nur die  
55 Räumung von bestehenden Projekten zu verhindern, sondern ebenso neue linke  
56 Freiräume und Projekte zu ermöglichen und zu fördern. Außerdem sind wir  
57 solidarisch mit allen Menschen, die gegen die Verdrängung von linken Freiräumen  
58 protestieren. Deswegen wollen wir ihren Protest auf der Straße unterstützen und  
59 aktiv in die Parlamente tragen.

60 Wir müssen jetzt handeln!

61 Das queerfeministische Hausprojekt "Liebig34" in der Liebigstraße ist momentan  
62 am akutesten von einer Räumung bedroht. Insbesondere für viele Frauen\*, inter\*-  
63 und trans\*-Personen ist die Liebig34 ein einzigartiger safe-space und  
64 diskriminierungsarmer Raum. Bis zu 40 Frauen\*, inter\*- und trans\*-Personen leben  
65 fest in der Liebig34 und im Falle einer Räumung gehen deren Schlaf- und  
66 Wohnplätze verloren. Außerdem würden weiteren autonomen Gruppierungen die Räume  
67 für ihre politische Arbeit wegfallen.

68 Die Unternehmensgruppe Padovicz, die das Haus in der Liebigstraße 34 besitzt,  
69 ist für ihre radikalen Methoden zur Entmietung bekannt. Wir fordern daher das  
70 Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg auf, Verhandlungen mit Padovicz aufzunehmen  
71 und über die Kommunalisierung des Hauses zu verhandeln. Ist hier keine Einigung  
72 möglich, soll das Bezirksamt weitere Möglichkeiten prüfen. Für den Fall, dass  
73 die jetzigen Besitzer\*innen das Haus entgegen der Erwartungen verkaufen sollten,  
74 soll vom Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht werden. Außerdem sollen weitere  
75 Möglichkeiten, wie z.B. Eine treuhänderische Enteignung in Erwägung gezogen  
76 werden.

77 In dem Fall, dass es trotzdem zu einer Räumung kommt, sollen sich die Grünen  
78 Senator\*innen beim Innensenator dafür einsetzen, dass die Liebig34 weder durch  
79 einen ähnlich großen Polizeieinsatz geräumt wird, wie das Syndikat, noch das bei  
80 der Räumung in solchem Maße Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Sollte die  
81 Räumung dennoch vergleichbare Ausmaße von Polizeiwilkkür wie bei der  
82 Syndikatsräumung annehmen, fordern wir Bündnis90/Die Grünen Berlin auf,  
83 Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet konkret: Entweder gelingt es, den  
84 Innensenator zu einem Rücktritt zu bewegen oder die aktuelle Koalition zu  
85 verlassen.

86 Außerdem sollen in diesem Fall von Seiten des Senats passende und bezahlbare  
87 Ersatzräume im Kiez gefunden werden. Das sollte aber immer die letzte Option



88 sein, da die Liebig34 seit Jahrzehnten gut in der Kiezstruktur integriert ist  
89 und eine solidarische Nachbar\*innenschaft organisiert.

90 Ganz aktuell ist auch die Meuterei, ein Kneipenkollektiv in Kreuzberg, von einer  
91 anstehenden Verdrängung betroffen. Es droht, dass die Besitzer\*innen des Hauses  
92 in naher Zukunft die Schlösser austauschen und daher gibt es dann keinen  
93 richtigen Räumungstermin, wie z.B. beim Syndikat. Dadurch kann in der Konsequenz  
94 kein richtiger Protest gegen die Verdrängung der Meuterei organisiert werden.

95

96 Ursachen bekämpfen

97 Solange wir in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung leben, werden wir  
98 immer wieder mit Räumungen (nicht nur von linken Freiräumen) konfrontiert sein.

99 Es reicht nicht, wenn wir jedes Mal wieder Räumungen kritisieren und uns ihnen  
100 entgegenstellen. Eine Gesellschaft, in der Menschen keine Angst vor Räumungen  
101 haben müssen, ist nur möglich, wenn der Wohnraum in Gemeineigentum ist. Dass  
102 bedeutet Antikapitalismus, Enteignung und Vergesellschaftung.

## A16 Neue Standards für die Kältehilfe

Antragsteller\*in: Lotte Mohren

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Anfang des Jahres wurden etwa 2000 Personen gezählt, die in Berlin keine  
2 Unterkunft haben und auf der Straße leben. Obwohl diese Zahl deutlich geringer  
3 ist, als im Vorfeld erwartet, stehen im Gegensatz dazu nur etwa 1000  
4 Notübernachtungen in der Kältehilfzeit bereit und lediglich circa 200  
5 Schlafplätze im Sommer. Dass diese Anzahl nicht ausreicht, ist leicht zu  
6 erkennen!

7 Wer versucht, die eigene Obdachlosigkeit zu beenden, bekommt aktuell viele  
8 Steine in den Weg gelegt. Notübernachtungen haben in der Regel eine Beschränkung  
9 auf 3-5 Nächte pro Monat, öffnen erst spät abends und setzen früh morgens die  
10 Obdachlosen wieder auf die Straße. Wer also nicht auf der Straße schlafen will,  
11 muss sich den strikten Regeln der Notunterkünfte beugen und sich täglich mit den  
12 existenziellen Fragen, einer Übernachtungsmöglichkeit und Geld für die nächste  
13 Mahlzeit auseinandersetzen. Wenn man aufgrund einer fehlenden Fahrkarte große  
14 Strecken zu Fuß zurücklegen muss, kein Google Maps oder viel Gepäck hat, bleibt  
15 keine Zeit mehr, um Behördengänge zu machen oder sich Gedanken über individuelle  
16 Lösung zu machen, wie die eigene Obdachlosigkeit langfristig beendet werden  
17 kann.

18 Deswegen muss die Kältehilfe ebenso wie die Konzeption der ganzjährigen  
19 Notunterkünfte grundlegend überarbeitet werden. Zwar muss das Ziel sein, diese  
20 langfristig überflüssig zu machen, so lange aber Menschen noch nicht über ASOG  
21 (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) oder Housing first untergebracht  
22 werden können, braucht es einheitliche Qualitätsstandards für  
23 Kältehilfeeinrichtungen. Dazu gehört die Unterbringung in Zimmern mit begrenzter  
24 Bettenzahl, ein einheitlicher Betreuungsschlüssel von Sozialarbeiter\*innen und  
25 eine adäquate ärztliche Versorgung. Damit obdachlose Menschen sich nicht jeden  
26 Tag aufs neue Gedanken über ihre Unterbringung in der kommenden Nacht machen  
27 müssen, soll der Aufenthalt in der Notübernachtung nicht auf eine bestimmte  
28 Tageszahl begrenzt sein oder abhängig sein von der Bereitschaft, Gespräche mit  
29 Sozialarbeiter\*innen zu führen. Obwohl ein solches Angebot zur Vermittlung,  
30 Begleitung bei Behördengängen und Unterstützung mit Dolmetscher\*innen  
31 unerlässlich ist, sind wir überzeugt davon, dass verpflichtende Auflagen zu  
32 Gesprächen nicht zielführend sind und bei weitem nicht so erfolgreich sind wie  
33 freiwillige Angebote.

34 Um Zeit und Raum für diese Angebote zu schaffen, muss die Beschränkung der  
35 Öffnungszeiten aufgehoben werden, sodass auch tagsüber ein Aufenthalt in der  
36 Notübernachtung möglich ist. Auch Personen, die eine Sucht haben, dürfen nicht  
37 von dem Angebot ausgeschlossen werden wie es zur Zeit in einigen Einrichtungen  
38 der Fall ist. Nur so kann im Sinne der Betroffenen eine passende und  
39 individuelle Lösung zur Beendigung der Obdachlosigkeit gefunden werden, frei von  
40 existenziellen Nöten und einem täglichen Überlebenskampf.

## A17 Saubere Schulen – Rekommunalisierung der Schulreinigung

Antragsteller\*in: Klara Schedlich (KV Berlin-Reinickendorf)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

- 1 Eine Voraussetzung für gutes Lernen ist ein angenehmes Lernumfeld. Verdreckte
- 2 Klassenzimmer, Gänge und Sanitäranlagen sind nicht förderlich für die Bildung
- 3 von Schüler\*innen, ganz im Gegenteil: wer sich sechs Stunden lang aus Ekel den
- 4 Gang zur Toilette verkneift kann sich nicht gut konzentrieren.
- 5 Häufig arbeiten Reinigungskräfte an Schulen zu sehr schlechten Bedingungen und
- 6 werden ungenügend entlohnt.
- 7 Wir fordern die Rekommunalisierung der Schulreinigung. Durch das Ausschreiben
- 8 für Reinigungsfirmen auf Landesebene mit in erster Linie finanziellen Kriterien
- 9 kommt es zu schlechter Bezahlung und Distanz. Wären Reinigungskräfte in Bezirk
- 10 angestellt direkt Schulen zugeordnet und somit Teil des Multiprofessionellen
- 11 Teams wäre dies förderlich für die Kommunikation und das Zugehörigkeits- und
- 12 Verantwortungsgefühl. Die Arbeitsbedingungen verbessern sich so drastisch, da
- 13 Probleme leichter angesprochen werden können und durch eine Beziehung mit den
- 14 Schüler\*innen entstünde eine gemeinsame Verantwortung für das Sauberhalten des
- 15 Schulgebäudes.
- 16 Außerdem sollen die Bezirke für ausreichend Weiterbildungsmöglichkeiten und
- 17 gegebenenfalls Sprachkurse sorgen.

### Begründung

erfolgt mündlich

## A18 Schule ohne Noten

Antragsteller\*in: Klara Schedlich (KV Berlin-Reinickendorf)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Unser Notensystem ist selektiv und verstärkt die Schere zwischen privilegierten  
2 und nicht-privilegierten Schüler\*innen. Anstrengung und Verbesserung wird nicht  
3 ausreichend abgebildet. Das Bildungssystem kapituliert so vor seinem Auftrag  
4 allen Kindern gleiche Chancen zu ermöglichen und durch ihre Mühe  
5 „gesellschaftlichen Aufstieg“ zu erreichen.

6 Ziffernoten suggerieren Vergleichbarkeit, doch sie sind in Wahrheit subjektiv  
7 und ungenau. Lehrkräfte sind Menschen und stehen dadurch unter diversen  
8 Einflüssen.

9 Die Schüler\*innen sind in keinster Weise an der Aufstellung der  
10 Beurteilungsmechanismen beteiligt, können also nicht kommunizieren, welche Art  
11 von Rückmeldung ihnen hilft und welche nicht.

12 Die Grüne Jugend Berlin fordert daher die Reform des Bewertungssystems. Es  
13 braucht dialogische und ko-konstruktive Verfahren der Rückmeldung,  
14 beispielsweise in Form von Lernberichten. Die entstehenden Berichte sollen  
15 enthalten, was gut war, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt und wie der\*die  
16 Schüler\*in diese Verbesserung erreichen kann. Rückmeldungen müssen  
17 zukunftsgerichtet sein und ein nachhaltiges Lernen ermöglichen.

18 Vergleichsuntersuchungen zwischen verschiedenen Gruppen sollen weiterhin möglich  
19 sein, doch das Ergebnis derselben hat keine Auswirkungen auf die Bewertung der  
20 Schüler\*innen in der Schule.

21 Alle Schulen sollen die Möglichkeit erhalten Ziffernoten abzuschaffen. Dies kann  
22 mit einer Zwei-Drittel Mehrheit der Schulkonferenz beschlossen werden. An  
23 Grundschulen soll es gar keine Ziffernoten mehr geben. Bei Abschlüssen bleiben  
24 Ziffernoten bestehen, müssen jedoch durch differenzierte Berichte ergänzt  
25 werden. Auch Schulübergänge sollen mit Berichten, anstatt Ziffernoten, erfolgen.  
26 Wichtig sind auch regelmäßige Feedbackgespräche zwischen Lehrkräften und  
27 Schüler\*innen. Für die Erstellungen der Berichte soll es Weiterbildungen für  
28 alle Lehrkräfte geben.

### Begründung

erfolgt mündlich

## A19 Längeres gemeinsames Lernen – die Schule für Alle

Antragsteller\*in: Klara Schedlich (KV Berlin-Reinickendorf)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Berlin hält die Gemeinschaftsschule für die einzige Schulform,  
2 die allen Kindern gerechte Chancen bietet. Das Bildungssystem benachteiligt  
3 Kinder aus armen und migrantischen Familien. Wir fordern Entschlossenheit bei  
4 der Weiterentwicklung der Schulstruktur.
- 5 Gemeinschaftsschulen sind Schulen oder Schulverbünde, in denen alle Kinder  
6 mindestens bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen und gleichzeitig individuell  
7 gefördert werden. Ältere oder leistungsstärkere Kinder können anderen helfen und  
8 profitieren davon selbst durch Wiederholung und der Stärkung von sozialen  
9 Fähigkeiten.
- 10 Alle Begabungen, Talente und Fähigkeiten werden gezielt gefördert. Alle Kinder  
11 erhalten die Möglichkeiten sich in Unterricht und Schulgemeinschaft  
12 einzubringen. Im Vordergrund steht selbstorganisiertes Lernen, Projektarbeit und  
13 fachübergreifendes Lernen.
- 14 Gemeinschaftsschulen fördern Außerdem die Demokratieentwicklung durch  
15 ermöglichte Teilhabe, eine Stimme für jede Person an der Schule und  
16 Fachübergreifende Demokratiebildung.
- 17 Lehrkräfte sollen eine Vollzeitstelle von 26 Wochenstunden haben und in ihrem  
18 Stundendeputat ausgewiesene Zeiten für individuelle Gespräche und Förderung  
19 erhalten. An den Schulen arbeiten multiprofessionelle Teams aus verschiedenen  
20 Pädagog\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Schulpsycholog\*innen.
- 21 Damit das Konzept der Gemeinschaftsschule funktioniert und wirklich gleiche,  
22 gerechte Chancen für alle Kinder gewährleistet sind muss sie zur einzigen  
23 bestehenden Schulform werden. Das Ziel in Berlin ist es also nur noch  
24 Gemeinschaftsschulen beim Schulneubau zu planen und durch Umbauten und Fusion  
25 alle bestehenden Schulen langfristig zu Gemeinschaftsschulen umzuwandeln.

### Begründung

erfolgt mündlich

## A20 Sprache ist eine Ressource – Förderung von Mehrsprachigkeit in der Bildung

Antragsteller\*in: Klara Schedlich (KV Berlin-Reinickendorf)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Sprache spielt eine entscheidende Rolle bei gesellschaftlicher Teilhabe. In  
2 Berlin wachsen viele Kinder zwei- oder mehrsprachig auf. Dies sollte in  
3 Kindergarten und Schule aufgegriffen werden um eine Entwicklung hoher Kompetenz  
4 in mehreren Sprachen zu fördern. In Kita und Schule werden die Kinder als „nicht  
5 deutscher Herkunftssprache“ gelabelt und ihre Familiensprache wird nicht  
6 erfasst.

7 Je höher die Kompetenz einer Person in ihrer Muttersprache oder ihren  
8 Muttersprachen, desto leichter fällt ihr das Erlernen einer weiteren Sprache.  
9 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir daher staatlich organisierten  
10 Herkunftssprachlichen Unterricht in vielen verschiedenen Sprachen in der Schule.  
11 Dieser Unterricht sollte nach Möglichkeit von Muttersprachlichen Lehrkräften  
12 unterrichtet werden. Er muss zeugnisrelevant sein.

13 Es sollen alle Formen des bilingualen Lernens und gleichzeitig die Förderungen  
14 zum Erlangen von Sprachkompetenzen in Deutsch ausgebaut werden. Um immigrierte  
15 Kinder und Jugendliche erfolgreich zu unterrichten sind verschiedenste Konzepte  
16 erforderlich. Beispielsweise Willkommensklassen müssen erhalten und weiterhin  
17 bedarfsgerecht eingerichtet werden. Außerdem erforderlich sind Weiterbildungen  
18 für Lehrkräfte, um ihre Didaktik und Methodik im Fach Deutsch als Zweitsprache  
19 auszubauen.

20 So erreichen wir, dass eine nicht-deutsche Muttersprache nicht als Hindernis,  
21 sondern als Chance gesehen und genutzt wird und ermöglichen maximale  
22 demokratische und gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten.

### Begründung

erfolgt mündlich

## A21 Mehr Entscheidungskraft den Betroffenen – Schüler\*innenpartizipation stärken

Antragsteller\*in: Klara Schedlich (KV Berlin-Reinickendorf)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Gerechte Behandlung von Schüler\*innen in der Schulgemeinschaft ist nicht immer  
2 selbstverständlich gegeben. Die Berliner Schulverfassung ist eine der  
3 demokratischsten deutschlandweit. Dennoch stellen wir eine erhebliche Diskrepanz  
4 zwischen ihren Möglichkeiten und ihrer Wahrnehmung fest. Diese Diskrepanz ist  
5 auf einen Konstruktionsfehler des Schulgesetzes und der herrschenden Einstellung  
6 über Schulpolitik zurückzuführen. Die Möglichkeit funktionierender  
7 demokratischer Prozesse an Schulen ist die Voraussetzung, möglichst viele  
8 Entscheidungen an der Schule über diese Prozesse zu Regeln: Schulkultur,  
9 Verwirklichung der Rahmenlehrpläne, Gebäudegestaltung und viele Weitere.

10 Das Schulgesetz bietet einen weiten Rahmen, aber wenig Mittel um Mitbestimmung  
11 durchzusetzen. Daher fordert die Grüne Jugend Berlin ein Beanstandungsrecht auch  
12 für schulische Gremien. Damit soll gewährleistet werden, dass die schulischen  
13 Mitwirkungsrechte eingehalten werden.

14 Die Gremien in den Schulen agieren oft eigenständig in einem eigentlich  
15 gemeinschaftlichen Prozess. In einem solchen kann eine Interessenvertretung nur  
16 funktionieren, wenn bekannt ist, welche Themen wo beraten werden (Koordination)  
17 und sich demnach zu ihnen geäußert werden kann (Repräsentation). Daraus  
18 entstehen zwei Forderungen: Zum einen muss der schulische Diskurs zwischen den  
19 Gremien auf zeitliche und inhaltliche Weise koordiniert sein. Sodass gemeinsame  
20 Themen gemeinsam beraten und entschieden werden. Ein solcher  
21 Koordinierungsauftrag muss im Schulgesetz verankert werden.

22 Im Schulgesetz gibt es einen Paragraphen zur „Stellung der gewählten  
23 Vertreterinnen und Vertreter“. Wir fordern einen weiteren Paragraphen zur  
24 „Stellung der beratenden Mitglieder“. Dieser soll insbesondere Anhörungsrechte  
25 und Protokollrechte enthalten.

26 Schulen benötigen transparente Entscheidungsprozesse. Die Senatsverwaltung soll  
27 von ihrem Recht, Geschäftsordnungen zu erlassen verpflichtend Gebrauch machen.  
28 Schulen sollen sich eine Rahmengeschäftsordnung geben, in der  
29 gremienübergreifend Entscheidungsprozesse (im Sinne einer koordinierten  
30 Gremienarbeit) festgehalten sind. Ein Geschäftsordnungsauftrag soll im  
31 Schulgesetz verankert werden, sodass diese Verfahren dann auch über das  
32 Beanstandungsrecht der Gremien durchsetzbar sind.

33 Außerdem haben die Schulen die Verantwortung die Schüler\*innen über ihre Rechte  
34 und Pflichten aufzuklären sowie ihnen die Bedeutung und Möglichkeiten einer  
35 Schüler\*innenvertretung bewusst zu machen. Die Schulen werden verpflichtet in  
36 einem gemeinsamen Prozess ein Ausbildungs- /Förderkonzept für Schülervertreter  
37 zu entwickeln. Das Recht der Schüler\*innen über ihre Rechte aufgeklärt zu werden  
38 muss als explizite Ergänzung der Informationsrechte im Schulgesetz verankert  
39 werden. Gleichzeitig gilt es, das Demokratiebewusstsein als fachübergreifende  
40 Kompetenz anzuerkennen. Ausreichende Aufklärung der Schüler\*innen über ihre  
41 Rechte innerhalb der demokratischen Strukturen von Schulen ist ein elementarer  
42 Schritt in der Entwicklung hin zu mündigen Bürger\*innen. Das Wissen über

43 Strukturen und Möglichkeiten, sowie erste Erfolgserlebnisse in Ämtern oder  
44 Gremien führen die Kinder bestmöglich und praktisch an die Politik heran. Daher  
45 fordern wir bereits mit dem Schulbeginn in der ersten Klasse ein spielerisches  
46 Heranführen an die Grund-, Kinder- und Menschenrechte und damit verbundene  
47 Werte. Ab der Sekundarstufe soll sich in jeder Klasse intensiv mit den  
48 schulgesetzlichen Regelungen zur Schüler\*innenpartizipation beschäftigt werden.  
49 Unter anderem müssen die Aufgaben, Rechte und Pflichten der  
50 Schüler\*innenvertretung klar werden. Vor den Wahlen soll es die Möglichkeit  
51 geben, das Verständnis für die Strukturen zu erneuern, beziehungsweise  
52 auszubauen.

53 Schüler\*innen sollen mehr Verantwortung erlernen, sich gegenseitig unterstützen  
54 und mehr Partizipation in der Schule erlangen. Dieses Ziel verfolgt das Konzept  
55 Klassenrat. Hier sind die Hauptakteure die Schüler\*innen unter Eigenregie. Der  
56 Besprechung von Probleme, Gestaltungswünsche, Klassenregeln usw. wird ein Forum  
57 geboten. Die genaue Ausgestaltung richtet sich nach den Schüler\*innen. Wir  
58 fordern, dass an allen Schulen eine Klassenratsstunde pro Woche eingeführt wird.

59 Gleichzeitig müssen die Schüler\*innen auch an den Klassenrat herangeführt und  
60 ihnen die damit einhergehenden Möglichkeiten nahegebracht werden. Zu erlernen,  
61 wie man in konkreten Situationen partizipieren kann, ist eine der Hauptsäulen  
62 demokratischer Erziehung.

63 Die Schulkonferenz verkörpert die Idee, dass drei gleichwertige Parteien auf  
64 Augenhöhe demokratische Entscheidungen treffen. Um dieses Prinzip zu vollenden  
65 fordern wir, dass Schulleiter\*innen zwar den Vorsitz führen, jedoch kein  
66 Stimmrecht qua Amt mehr haben. Dahingehend soll die Schulverfassung geändert  
67 werden.

#### 68 Anonymisierte Umfragen

69 Zusätzlich zur bestehenden Möglichkeit der Beantragung von  
70 Vergleichsuntersuchungen sollten anonymisierte Umfragen (Evaluation von Essen,  
71 Regelungen etc.) an Schulen durchgeführt werden. Zweck ist die Förderung der  
72 Demokratisierung von Schulen durch eine Vereinfachung des Einholens der  
73 Meinungen zu neuen Ideen für schulinterne Projekte und Konzepte und Stärkung der  
74 Meinungsbildung durch Integration aller Betroffenen in schulinterne Debatten.  
75 Diese Umfragen dürfen durch alle Gremien beantragt werden, und dürfen für die  
76 Schüler\*innen nicht in Konflikt mit unterrichtlichen Verpflichtungen stehen.

#### 77 Demokratie vor Ort erleben

78 Zu praktischer Demokratiebildung gehört auch das Gewinnen von Eindrücken in  
79 politischen Institutionen vor Ort. Jede Schule sollte daher Ausflüge mit den  
80 Schüler\*innen zur Bezirksverordnetenversammlung ihres Ortes machen. Wir fordern  
81 wahre Mitbestimmung in Form einer Möglichkeit zur Antragseinbringung der  
82 Schüler\*innen über den BSA in der Bezirksverordnetenversammlung. Mit dieser  
83 Entscheidung geht eine Änderung des § 83 BschulG einher hin zu einem  
84 allgemeinpolitischen Mandat für Schülervertretungen.

#### 85 Demonstrationsrecht

86 Das Demonstrationsrecht gilt grundsätzlich auch für Schüler\*innen und in der  
87 Schulzeit. Wir fordern den Senat auf Wege zu finden, beide Grundrechte zu  
88 ermöglichen. Es soll mit Freistellungsanträgen an die Klassen- oder



- 89 Schulleitungen gearbeitet werden, über die im Rahmen des Bildungs- und  
90 Erziehungsauftrags befunden wird.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

A22NEU Verkehr darf keine Frage des Geschlechts sein - Wir wollen eine autofreie Stadt für alle!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

## Antragstext

1 Die Klimakrise verschärft soziale Ungerechtigkeit und so sind Frauen\* weltweit  
2 am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gerade Verkehrspolitik  
3 wird von Männern für Männer gemacht. Zum einen sind die meisten anerkannten  
4 Expert\*innen und Politiker\*innen männlich\*, zum anderen liegen den getroffenen  
5 Maßnahmen oder Lösungsansätzen männlich konnotierte Verhaltensweisen zu Grunde.

6 82,5 % der Beschäftigten in der Automobilbranche sind männlich. [1] Auf  
7 Bundesebene gab es noch nie eine Verkehrsministerin\*. Im Ausschuss für Umwelt,  
8 Verkehr, Klimaschutz des Berliner Abgeordnetenhaus sind lediglich vier von 22  
9 Mitgliedern weiblich\*. Der Vorsitzende des Ausschusses sowie sein Stellvertreter  
10 sind beide männlich\*.

11 Eine E-Auto Förderung kommt zum Beispiel vor allem Männern zu Gute. Da Autos  
12 generell für stereotypes männliches Mobilitätsverhalten "Morgens zur Arbeit,  
13 Abends nach Hause" gut geeignet sind. Dazu kommt, dass E-Autos oft 1-2 Sitzer  
14 sind. Da

15 Frauen\* in unserer Gesellschaft weiterhin zu einem Großteil die Care-Arbeit von  
16 Kindern übernehmen, sind solche Autos unpraktisch. Zudem sind E-Autos trotz  
17 Förderung sehr teuer und nur privilegierte wohlhabende Menschen können sie  
18 sich leisten. Frauen\* verdienen immer noch im Durchschnitt deutlich weniger  
19 als Männer\* wie der Gender Pay Gap beweist.

20 Frauen\* und ihre Perspektiven werden auf Grund ihrer gesellschaftlichen Position  
21 bei Klimaanpassungs- sowie Klimaschutzmaßnahmen also weniger beteiligt. Aufgrund  
22 gesellschaftlicher Vorstellungen tragen sie weniger zur Klimazerstörung bei. Und  
23 da männlich konnotierte Verkehrswege eher gefördert werden, sind Wege nicht nur  
24 nicht für sie ausgelegt, sondern im Zweifel auch gefährlich.

25 Denn Männer\* besitzen nicht nur 2 mal öfter ein Auto. Sie sind für mehr  
26 fahrlässiges und gefährdendes Verhalten verantwortlich. 77% der  
27 Geschwindigkeitsüberschreitungen fallen auf Männer\* zurück, 92% von  
28 dokumentiertem unzulässigem Überholen und Vorbeifahren wird von Männer\*  
29 begangen. Diese Relation hat nichts damit zu tun, dass Männer\* generell  
30 schlechtere Autofahrer\*innen sind, sondern mit toxischen  
31 Männlichkeitsvorstellungen, die Jungen von klein auf anezogen werden.

32 Diese Zahlen zeigen die Notwendigkeit einer feministischen  
33 Verkehrspolitik. Verkehrssicherheit zu schaffen, bedeutet eine sichere  
34 Stadt für Frauen\*.

35 Unsere Stadt autofrei zu machen, hat auch etwas mit Flächengerechtigkeit  
36 zu tun. 2/3 der Wege stehen momentan noch 1/3 der Autofahrer\*innen zu.

37 Wenn Berlin autofrei wäre, hätten wir mehr Platz für Fahrradfahrer\*innen

38 und Fußgänger\*innen und Parks in denen wir unsere Freiheit verbringen  
39 können.  
40 Als GRÜNE JUGEND Berlin kämpfen wir für Kieze der kurzen Wege. Wir müssen  
41 wegkommen von langen Wegen, die wir möglichst schnell zurücklegen wollen und  
42 dabei zu viele CO2 Emissionen ausstoßen. Wichtige Infrastruktur wie Supermärkte,  
43 Krankenhäuser, Schulen etc. müssen für alle Menschen gut erreichbar sein – und  
44 zwar zu Fuß, dem Bus oder dem Rad, nicht mit dem Auto.  
45 Wir wollen Berlin langfristig so umbauen, dass Menschen sich hier  
46 gerne aufhalten. Straßen sollen entsiegelt werden und durch Parks ersetzt  
47 werden. Staatliche Gelder müssen gleichberechtigt unterschiedlichen  
48 gesellschaftlichen Gruppen zu Gute kommen. Flächendeckend muss Gender Budgeting  
49 durchgeführt werden, die Besetzung der Planungsbüros muss mindest quotiert sein  
50 und unterschiedliche Gruppen abbilden.  
51 Die Stadtplanung ist feministisch. Mobilitätsverhalten bestimmter  
52 Bevölkerungsgruppen werden nicht überproportional zur Grundlage für die  
53 Planungen genutzt und gefördert. Der öffentliche Raum ist Barrierefrei, der  
54 Platz gerecht aufgeteilt.  
55 Keine Antriebswende!  
56 Wir brauchen keine Antriebswende, sondern ein Berlin für alle!  
57 Für ein Berlin für alle  
58 Eine emanzipatorische Verwaltung  
59 Um die Verkehrspolitik insgesamt feministisch zu gestalten, müssen wir auch bei  
60 der  
61 Verwaltung Maßnahmen ergreifen. Damit Planungsbüros sich auf die Arbeit  
62 feministischer Stadtplanung ausrichten können, braucht es Fortbildungen zu  
63 Gender Budgeting und feministische Stadtplanung. Außerdem ist dringend eine  
64 quotierte Besetzung der Planungsbüros notwendig.  
65 Um mit dem gesamten Bild einer männlich\*-dominierten Stadtplanung und  
66 Verkehrspolitik zu brechen, müssen wir auch im Bildungsbereich für ein  
67 Umdenken sorgen. Ingenieurs- und stadtplanerische Studiengänge müssen für  
68 Frauen\* attraktiver gemacht werden, Studiengänge oder Module für feministische  
69 Stadtplanung müssen geschaffen und gefördert werden.  
70 Insgesamt muss die Verkehrsverwaltung aber auch Genderbudgeting einsetzen und  
71 umfassend analysieren, welche Teile der Bevölkerung vermehrt welche  
72 Verkehrsmittel benutzen und entsprechende Anpassung der bestehenden  
73 Infrastruktur an die Geschlechterverteilung unternehmen. – Gerade da in den  
74 letzten 80 Jahren mit Abstand das meiste Geld für Autos ausgegeben wurde,  
75 diese aber nicht von allen Menschen genutzt werden und gleichzeitig unsozial,  
76 gefährlich und klimaschädlich sind.  
77 Wir fordern, dass kein Geld mehr für die Autoinfrastruktur, sondern für Fuß-,  
78 Fahrrad und ÖPNV ausgegeben werden soll. Durch mehr Ausgaben für  
79 nichtmotorisierten  
80 Individualverkehr und den Umweltverbund kann auch aktiv eine

81 erhöhte Nachfrage für andere Verkehrsmittel als das Auto geschaffen werden.

82

83 Frauen\*förderung für Verkehrs- und Stadtplanung:

84 Um Frauen\* nachhaltig für Verkehrs- und Stadtplanung zu begeistern, fordern  
85 wir die Schaffung von Projekt-AGs in Schulen, um Mädchen zu empower. Zudem  
86 fordern wir die Förderung von Projekten zur Ermutigung und Begeisterung von  
87 Mädchen und Frauen\* für technische Studiengängen an Universitäten und  
88 Hochschulen (beispielsweise Robotika der TU Berlin).  
89 Berufsberatung muss gendersensibel sein und auch Mädchen zu männer\*-  
90 dominierten Berufen empower.

91 [1][https://www.igmetall.de/download/0157928\\_langfassung\\_automobilindustrie\\_10032-](https://www.igmetall.de/download/0157928_langfassung_automobilindustrie_10032-010_483a2e0bcf73d4f229df5aaa968426f65a73ea53.pdf)  
92 [-010\\_483a2e0bcf73d4f229df5aaa968426f65a73ea53.pdf](https://www.igmetall.de/download/0157928_langfassung_automobilindustrie_10032-010_483a2e0bcf73d4f229df5aaa968426f65a73ea53.pdf) , S. 44

93 Eine emanzipatorische Verwaltung:

- 94 • Damit Planungsbüros sich auf die Arbeit feministischer Stadtplanung  
95 ausrichten können, braucht es Fortbildungen zu Gender Budgeting und  
96 feministische Stadtplanung.
- 97 • Außerdem ist dringend eine quotierte Besetzung der Planungsbüros  
98 notwendig.  
99 Dafür müssen Ingenieurs- und Städteplanerische Studiengänge für Frauen\*  
100 attraktiver gemacht werden
- 101 • Studiengänge/Module für feministische Stadtplanung schaffen und fördern
- 102 • Gender Budgeting für Ausgaben für Verkehr
- 103 • Umfassende Analyse, welche Teile der Bevölkerung vermehrt welche  
104 Verkehrsmittel nutzen und entsprechende Anpassung der bestehenden  
105 Infrastruktur an die Realität
- 106 • Bedarfsgerechte Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur
- 107 • In den letzten 80 Jahren wurde mit Abstand am meisten Geld für das Auto  
108 ausgegeben. Autos werden aber nicht von allen Menschen genutzt, sind  
109 deswegen unsozial, gefährlich und klimaschädlich.
- 110 • Kein Geld soll mehr für Auto-Infrastruktur ausgeben, sondern für Fuß-  
111 Fahrrad- und Öffentlicher Personen nah-Verkehr.
- 112 • Durch Mehrausgaben für nicht-motorisierten Individualverkehr soll auch  
113 aktiv eine erhöhte Nachfrage für andere Verkehrsmittel als das Auto  
114 geschaffen werden.

115 Frauen\*förderung für Verkehrs- und Stadtplanung:

- 116 • In Schulen sollen Projekt AGs für Mädchen eingerichtet werden um Mädchen  
117 +zu empowern
- 118 • Projekte zur Ermutigung und Begeisterung von Mädchen und Frauen\* zu  
119 technischen Studiengängen von Universitäten (beispielsweise Robotika der  
120 TU Berlin) sollen gefördert werden
- 121 • Berufsberatung muss gendersensibel sein und Mädchen zu männer\*dominierten  
122 Berufen empowern
- 123 • Desweiteren müssen entsprechende Stellen bereitgestellt werden um den  
124 Umbau unserer Stadt zu gewährleisten.

125 Sicherheitsgefühl auf Heimwegen verbessern:

126 Viele Menschen fühlen sich auf dem Heimweg nachts unwohl. Wir wollen für einen  
127 entspannten Heimweg mit dem Umweltverbund, eine bedarfsgerechte Ausleuchtung von  
128 Straßen für ein erhöhtes

129 Sicherheitsgefühl, damit das Auto nicht mehr die einzige verlässliche  
130 Möglichkeit für den Heimweg ist. Dafür wollen wir Lampen, die den Fuß- und  
131 Radweg erleuchten, jedoch nur nach unten Strahlen, um eine erhöhte  
132 Lichtverschmutzung vorzubeugen. Zudem soll das erfolgreiche Modell des  
133 Heimwegtelefons massiv ausgebaut werden und durch angemessene Kampagnen populär  
134 gemacht werden. Um die letzte Strecke von Tram, S- oder U-Bahn zu verkürzen,  
135 soll das Nachtbusnetz sowie Angebote für Rufbusse, besonders in Randbezirken  
136 ausgebaut werden.

137 Für eine lückenlose Barrierefreiheit:

138 Große Prestigeprojekte, moderne Bahnhöfe und autofreie Kieze zeigen uns, wie  
139 vielfältig Möglichkeiten der Stadtgestaltung sein können, doch oftmals sind es  
140 Kleinigkeiten, die vielen Menschen die barrierefreie Teilnahme am öffentlichen  
141 Leben verwehren.

142 Schon bei kleinen Bordsteinen, Straßenübergängen, Tram Gleise oder  
143 Fahrradverleihsysteme werden Kinderwägen, Menschen mit Gehbehinderungen  
144 oder ältere Menschen benachteiligt.

145 Wir fordern eine immense Aufstockung der Mittel für die lückenlose  
146 Nachbesserung, damit Barrieren endgültig der Vergangenheit angehören. Das  
147 schließt Fahrstühle an allen Bahnhöfen mit ein.

148 Ein Ausbau des Umweltverbundes, also Mobilität die öffentlich, nachhaltig und  
149 bezahlbar ist, bietet die Stärken Barrieren abzubauen. Dafür setzen wir uns für  
150 mehr Platz für Kinderwägen, Rollstühle und Fahrräder im ÖPNV ein. Linienbusse  
151 und Rufbusse müssen ohne Umstände einen barrierefreien Einstieg, sowie mehr  
152 Platz für barrierefreien Personentransport bieten.

153 Bahnhöfe, Bushaltestellen und Umsteigestationen müssen Umsteigehilfen und  
154 Barrierefreie Beschilderung, sowie Blindenschrift und weitere Angebote für eine  
155 ganzheitlichen barrierefreie ÖPNV bieten. Ein neuer Aufzug ist ein erster

156 Schritt - lediglich nur einer von vielen weiteren Verbesserungen der  
157 Stadtgestaltung.

158 Alle Einkaufszentren und Großflächige Einzelhandel- sowie Industrie- und  
159 Gewerbegebiete müssen bis 2026 barrierefrei mit dem Umweltverbund schnell und in  
160 dichtem Takt erreichbar sein.

161 Für eine familienfreundliche Stadt:

162 Das der Schulweg vieler Kinder über gefährliche Kreuzungen und stark befahrene  
163 Straßen führt, ist keine Seltenheit. Die Zahl der Straßunfälle in Berlin ist  
164 2019 in manchen Bezirken um mehr als 170% zum Vorjahr gestiegen (Quelle:  
165 Polizeiliche Unfallbericht nochmal nachchecken!)

166 Daher ist das Angstgefühl und die Bereitschaft der Eltern ihre Kinder mit dem  
167 privaten Auto zur Schule zu bringen verständlich. Viele Eltern können sich das  
168 nicht leisten und ein Dauerzustand der Angst darf der Berliner Straßenverkehr  
169 nicht werden! Wir fordern sichere Schulwege, jetzt und in allen Bezirken! Die  
170 Maßnahmen dafür sind längst bekannt: Ausbau von Fahrradwegen, Fußgänger\*innen-  
171 und Fahrradampeln, Spielstraßen, Tempo-20 Zonen in Wohnstraßen, Tempo-30 Zonen  
172 auf Bundesstraßen sowie Fußgänger\*innenübergänge vor und um Schulen und  
173 Kindergärten führen nachweislich in vielen Städten zu weniger Unfällen. Die  
174 Konsequente Umsetzung der Feministischen Mobilität lässt alle Menschen an einem  
175 sicheren Straßenverkehr teilhaben.

176 Kindern Raum bieten:

177 Straßen sind nicht für Mobilität praktisch, sie bieten öffentlichen Raum für  
178 Kinder zum entfalten und aufwachsen. Wir fordern die konsequente Umgestaltung  
179 von Autostraßen in verkehrsberuhigte Spielstraßen.

180 Wohnstraßen statt Durchgangsstraßen:

181 Berlin ist weltberühmt für eine hohe Lebensqualität in Kiezen. Straßenbäume,  
182 Subzentren und viele Ladengeschäfte sind ein prägende Teil vieler Kieze Berlins.  
183 Auch vollständig neu geplante Kieze und Quartiere dürfen ab sofort nicht  
184 mehr autogerecht gestaltet werden. Stattdessen gibt es breite Fahrrad- und  
185 Fußwege, Straße Bäume und Gemeinschaftsflächen. Wichtige Infrastruktur, wie  
186 Spielplätze, Parks, Grundschulen oder Kitas sind fußläufig zu erreichen und  
187 bieten öffentlichen Raum zur Erholung.

188 Das Auto - eine Gefahr für Dich und mich.

189 Als GRÜNE JUGEND sehen wir es kritisch, dass der Berliner Verkehr vom Auto  
190 dominiert ist und dieses Verkehrsmittel einen Großteil des öffentlichen Raums  
191 einnimmt.

192 Einerseits, da dies zu Schäden an Umwelt und Natur führt - Der Autoverkehr ist  
193 auch im ruhenden Zustand (also beim Parken) extrem platzaufwendig und befördert  
194 dadurch eine Flächenversiegelung, welche das Stadtklima aufheizt, Hochwasser  
195 befördert und die Lebensqualität in der Stadt verschlechtert. Zudem verursachen  
196 parkende Autos durch das Parken auf Baumscheiben Schäden an Stadtbäumen.

197 Neben dem parkenden Verkehr verursacht aber auch der fließende Verkehr immense  
198 Schäden in der Stadt. Während die schädlichen Abgase und der Feinstaub die

199 Menschen und das Stadtgrün belasten, sorgt das durch den Reifenabrieb  
200 verursachte Mikroplastik ebenfalls für starke Verschmutzungen.

201 Abgesehen von den Abgasen und dem Mikroplastik ist aber insbesondere der durch  
202 den Verkehr entstehende Lärm eine große Belastung für viele Menschen in Berlin.  
203 So kann dieser Herz-Kreislauf-Krankheiten befördern, Stress und psychische  
204 Probleme verursachen und die Lebenserwartung senken. - Somit ist das Auto auch  
205 ein ungesundes Verkehrsmittel in der Stadt und das allein schon ohne die  
206 Tatsache, dass Autofahrer\*innen sich weniger bewegen als andere  
207 Verkehrsteilnehmer\*innen.

208 Autogerechte Politik ist unsoziale Politik. Da insbesondere  
209 Bevölkerungsschichten mit mittlerem und höherem Einkommen sich Autos leisten  
210 können, werden gerade diese Schichten im öffentlichen Verkehrsraum bevorzugt.  
211 Haushalte, welche sich kein Auto leisten können und/oder auf den öffentlichen  
212 Nahverkehr (ÖPNV, Fahrrad u.ä.) angewiesen sind, werden benachteiligt. Genauso  
213 blockieren stehende Autos in den Kiezen Begegnungszonen und gemeinschaftliches  
214 Zusammenleben. - Wenn ihre Kinder in der Angst leben müssen, angefahren zu  
215 werden oder stehende Autos zu beschädigen, scheiden für Eltern Straßen als  
216 Spielorte aus.

217 Einer der größten Punkte, welcher das Auto in Berlin als überflüssig und  
218 geradezu gefährlich für das Gemeinwohl erscheinen lässt, ist die Berliner  
219 Klimapolitik. Als Großstadt hat Berlin das Potenzial, durch eine konsequente  
220 Verkehrswende im Mobilitätssektor einen Großteil aller dort entstehenden  
221 Emissionen einzusparen. Das Fahrrad (E-Bike) bietet dort eine gute Grundlage.  
222 Doch statt eines Rückgangs des klimaschädlichen Autoverkehrs in Berlin, ist in  
223 den letzten Jahren die Anzahl der in Berlin angemeldeten Autos permanent  
224 gestiegen.

225 Als GRÜNE JUGEND sehen wir es als unsere Pflicht, für gesellschaftlich  
226 benachteiligte Gruppen, ein gesundes, nachhaltiges Lebensumfeld und eine  
227 konsequente Umwelt- und Klimapolitik zu kämpfen. Wir wollen deshalb eine  
228 Verkehrswende, die ihrem Namen Ehre macht.

229 Sei dabei - wir machen Berlin autofrei!

230 Nur wenn die Berliner Verkehrspolitik nicht mehr das Auto, sondern die Menschen  
231 das Zentrum ihrer Strategien setzt, können wir nachhaltigen Verkehr und die  
232 durch das Pariser Abkommen definierten Klimaschutzziele erreichen.

233 Wir fordern deshalb als GRÜNE JUGEND die autofreie Stadt bis 2030. Wir wissen,  
234 dass das Auto nicht von heute auf morgen aus der Stadt verbannt werden kann.  
235 Viele Menschen sind in Berlin auf ein Auto angewiesen. Das ist das zwangsläufige  
236 Ergebnis jahrzehntelanger autozentrierter Politik. Deshalb fordern wir einen  
237 stufenweisen Verzicht auf das Auto in der Berliner Verkehrspolitik sowie  
238 Maßnahmen, die das Auto schrittweise aus unserem Stadtbild zurückdrängen und  
239 Platz machen für Erholung, Wohnraum und andere Verkehrsmittel. Bevor Berlin 2030  
240 komplett autofrei wird, fordern wir deshalb bis 2025 eine autofreie Zone  
241 innerhalb des S-Bahnringes.

242 Um diese Ziele zu erreichen, muss nicht nur der Autoverkehr reduziert, sondern  
243 auch Alternativen aktiv gefördert und geschaffen werden. - Dazu braucht es viele  
244 ambitionierte Maßnahmen.

245 Mit gutem Fußverkehr läuft alles

246 Eine nachhaltige Verkehrspolitik fördert nicht nur andere Verkehrsmittel, sie  
247 fördert vorrangig kürzere Wege. Ziel unserer Verkehrsplanung muss die dezentrale  
248 Stadt der kurzen Wege sein. Wir alle müssen im Alltag Wege zurücklegen - sei es  
249 zum Einkaufen, um soziale Einrichtungen zu erreichen, Besetzungen durchzuführen  
250 etc.. Wenn wir das in Fußnähe tun können, statt mit dem Auto durch die halbe  
251 Stadt fahren zu müssen, hat das einen doppelten Effekt: Wir schonen das Klima  
252 immens und fördern gleichzeitig lokale Strukturen und die Kiezkultur.

253 Um Fußwege attraktiver und sicherer zu gestalten, müssen wir unseren Straßenraum  
254 umverteilen. Viele Berliner Gehwege sind zu schmal. Es kommt zu Unfällen und  
255 Konflikten zwischen Radfahrenden, Fußgänger\*innen und Gewerbebetreiber\*innen. Um  
256 diese Konflikte zu entschärfen erfordert es zusätzlicher Flächen für den  
257 Fußverkehr. Dafür müssen wir unsere Straßen neu denken, Parkplätze abschaffen  
258 und Fahrstreifen umwidmen.

259 Fußverkehr ist nur möglich, wenn wir unsere Ziele per Fuß erreichen können.  
260 Dafür fordern wir eine Stadt der Viertelstunde nach Pariser Vorbild. Alle  
261 Berliner\*innen sollen alle zum Leben notwendigen Orte in unter fünfzehn Minuten  
262 erreichen können. Vorrangig zu Fuß oder mit dem Rad. Um dieses Ziel zu  
263 erreichen, müssen wir Verkehrs- und Stadtplanung gemeinsam denken. Wir wollen in  
264 keiner Stadt leben, die von überdimensionierten, turbokapitalistischen Shopping-  
265 Malls geprägt ist. Wir wollen dezentrale Kiezstrukturen, gemeinnützige Orte und  
266 lokale Geschäfte.

267 Um eine Stadt der Viertelstunde umzusetzen, bedarf es mehr Orte, die auch ohne  
268 einen eigenen PKW attraktiv zu nutzen sind. Dafür brauchen wir neue  
269 Fußgänger\*innenzonen. In Friedrichshain-Kreuzberg wurde in wenigen Monaten die  
270 erste Berliner Klimastraße als autofreie Zone geplant und umgesetzt. Es ist also  
271 möglich, solche Orte in kürzester Zeit zu schaffen. Diese Chance müssen wir  
272 nutzen und dabei auch an die Gebiete außerhalb des S-Bahnrings denken. Wir  
273 fordern die Umsetzung von autofreien Leuchtturmprojekten auf der  
274 Friedrichstraße, dem Kudamm, der Oranienstraße und XXX sowie die Umsetzung 10  
275 weiterer Klimastraßen als autofreie Fußgänger\*innenzonen pro Bezirk.

276 Eine autozentrierte Stadt schadet vor allem den Schwächsten unserer  
277 Gesellschaft. Kinder brauchen Freiräume, unsere Spielplätze kommen diesem  
278 Bedürfnis nur bedingt nach. Wir fordern 20 temporäre Spielstraßen in jedem  
279 Bezirk. Nach einem Evaluierungszeitraum wird entschieden, ob die temporären  
280 Spielstraßen verstetigt werden. Spielstraßen geben Kindern die Möglichkeit, den  
281 Straßenraum zu nutzen, der sonst hauptsächlich erwachsenen Autofahrenden  
282 vorbehalten ist. Verkehrsberuhigte Bereiche kommen dieser Aufgabe nicht mehr  
283 nach. Deswegen müssen prioritär diese verkehrsberuhigten Bereiche vom  
284 Autoverkehr befreit werden.

285 Darf ich Dir ein Rad geben?

286 Neben dem ÖPNV bietet sich vor allem auch das Fahrrad als umweltfreundliche  
287 Variante an, um längere Wege zurückzulegen. Dennoch ist der Fahrradverkehr  
288 aktuell ständiger Gefährdung von Autos, LKW und Bussen ausgesetzt. Dort wird oft  
289 der Mindestabstand von 1,5 Metern zu Radfahrenden nicht eingehalten. Außerdem  
290 schreckt schlechte Radinfrastruktur oder schlicht gar keine Radinfrastruktur  
291 viele Radfahrer\*innen vom Radfahren quer durch Berlin ab. Das Berliner



292 Mobilitätsgesetz ist ein wichtiger Schritt, um den Radverkehr in Berlin zu  
293 fördern, dennoch müssen Worten auch Taten folgen.

294 Um Tourist\*innen, aber vor allem auch Menschen ohne eigenes Fahrrad für  
295 nachhaltigen Verkehr in der Stadt zu begeistern, muss das Bikesharing gefördert  
296 werden. Städte wie Hamburg zeigen, dass dieses Verkehrsmittel durch spezielle  
297 Tarife insbesondere bei kurzen Strecken deutlich an Attraktivität gewinnen kann.  
298 Wenn wir allen Berliner\*innen einen niedrighschwelligem Anreiz zum Fahrradfahren  
299 bieten, können wir sowohl die Nutzung dieses Verkehrsmittels verbessern, als  
300 auch für mehr Bewegung sorgen, die Umwelt schonen und gleichzeitig die Mobilität  
301 der Menschen verbessern. Das geht aber nur wenn das Angebot in ganz Berlin  
302 verfügbar ist. Deshalb fordern wir, dass Berlin die ersten 30 Minuten von durch  
303 die Stadt geförderten Bikesharingangeboten kostenlos macht und dass die  
304 Sharingprogramme auf die ganze Stadt ausgedehnt werden.

305 Während der Radverkehr in der Stadt insbesondere im Bereich der Radschnellwege  
306 aktuell sehr zentrumsorientiert ist, finden viele Alltagsfahrten vor allem auch  
307 innerhalb und zwischen Kiezen und Bezirken statt. Da diese jedoch durch die  
308 aktuellen Radschnellwege nicht widerspiegelt werden, kann das Fahrrad hierfür  
309 nur bedingt eine attraktive Alternative darstellen. Um dies zu ändern, fordern  
310 wir die Schaffung von Radschnellverbindungen innerhalb und zwischen der Bezirke,  
311 welche sich an den Alltagsbedürfnissen der Menschen orientieren.

312 Um Radverkehr auf großen Straßen möglichst attraktiv und sicher zu gestalten,  
313 benötigen wir eine Umverteilung der öffentlichen Verkehrsfläche. Es kann nicht  
314 sein, dass Straßen mehrere Spuren für fließenden und stehenden Pkw-Verkehr  
315 bieten, aber keinen wirklichen Radweg haben. Da Platz im Verkehr knapp und  
316 umkämpft ist, ist aber gerade diese Parkplatz-Dekadenz ein unnötiger Anreiz für  
317 Autoverkehr. Deshalb fordern wir, dass größere Straßen ohne reguläre  
318 Autoparkplätze auskommen und mit breiten, sicheren Radwegen versehen werden  
319 müssen. Denn das Fahrrad bietet eine gute Alternative zum Auto, es ist genauso  
320 flexibel und man kommt an dieselben Orte, wie mit dem Auto und ist gleichzeitig  
321 umweltfreundlich unterwegs.

322 Um die Mobilität des Fahrrads innerhalb der Kieze zu erhöhen, sollen zudem auch  
323 alle Einbahnstraßen für Fahrräder in beide Richtungen geöffnet werden.  
324 Fahrradstraßen und Fußgänger\*innenzonen dürfen dort keine Ausnahme sein, sondern  
325 zur Regel werden. Nur so schaffen wir umweltfreundliche Mobilität für alle.

#### 326 ÖPNV statt Umwelt-Sau

327 Der Öffentliche Personennahverkehr ist schon heute für viele Berliner\*innen,  
328 besonders für Menschen mit niedrigem Einkommen, unverzichtbar. Er ermöglicht  
329 vielen Menschen Mobilität, für die Radfahren und lange Fußwege keine Alternative  
330 sind. Lange Wege sind unter Umständen unausweichlich. Auch hier muss der ÖPNV  
331 allen Berliner\*innen Mobilität ermöglichen. Dafür fordern wir eine ausführliche  
332 Sanierung des Berliner Nahverkehrs sowie einen radikalen Ausbau, von dem alle  
333 Berliner\*innen profitieren. Dabei schließen wir an unsere zentrale Forderung an:  
334 Der ÖPNV muss kurze Wege fördern.

#### 335 Nahverkehr für alle

336 Der ÖPNV kann Mittel sein, um Ungerechtigkeiten in unserem System zu entgegenen.  
337 Wir setzen uns dafür ein, dass der Berliner Nahverkehr allen Menschen zur  
338 Verfügung steht. Egal, welches Einkommen, welchen Wohnort und welches Alter -

339 der ÖPNV ist für alle da. Ein barrierefreier ÖPNV kann Menschen unabhängig  
340 machen, die anderweitig auf ein Auto angewiesen wären. Deswegen fordern wir  
341 einen bedingungslos barrierefreien Öffentlichen Nahverkehr: Fahrstühle an allen  
342 Bahn-, und Busstationen sind genauso erforderlich wie Fahrzeuge, die einen  
343 barrierefreien Einstieg ohne externe Hilfe ermöglichen.

344 Mit dem kostenlosen BVG-Ticket für Berliner Schüler\*innen ist der Senat einen  
345 wichtigen ersten Schritt gegangen. Der ÖPNV soll allen Berliner\*innen  
346 uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Der eigene Geldbeutel darf nicht darüber  
347 entscheiden, ob der ÖPNV genutzt werden kann. Wir fordern einen ticketfreien  
348 ÖPNV, der durch eine berlinweite Mobilitätsabgabe finanziert wird. Die  
349 Mobilitätsabgabe wird einkommensabhängig Erhoben.

#### 350 Der Bus ist ein Muss

351 Das Berliner Busnetz bildet das dichteste Netz des ÖPNV. Es ermöglicht auch den  
352 Menschen Mobilität, die keine Bahnstation in ihrer Nähe haben. Leider verkehrt  
353 der Bus nicht überall regelmäßig genug, als dass sich alle Bewohner\*innen auf  
354 ihn als Verkehrsmittel verlassen können. Für eine komfortable Nutzung des ÖPNV  
355 ist deshalb eine dichte Taktung der Busse sowie eine dichte Abdeckung aller  
356 bewohnten Gebiete grundlegend.

357 Wir fordern: Alle Berliner\*innen steht eine ÖPNV-Haltestelle zur Verfügung, die  
358 nicht weiter als 300 Meter von ihrer Adresse entfernt ist, und an der zwischen 7  
359 und 20 Uhr mindestens alle fünf Minuten ein Bus oder eine Bahn bestiegen werden  
360 kann. Wo diese Taktung und Stationsdichte nicht umsetzbar ist, müssen Ruf- oder  
361 Minibusse bestehende Lücken des Netzes beseitigen. Der Weg bis zur nächsten  
362 Bahnstation muss mit einem Bus immer ohne ein zusätzliches Ticket möglich sein.  
363 Auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten sollen Berliner\*innen nicht länger als 10  
364 Minuten auf einen Bus warten müssen.

#### 365 Eine neue Stadtplanung statt komplette Stadtverplanung

366 Eine andere Verkehrspolitik geht nur, wenn wir auch die Stadt anders planen und  
367 wahrnehmen. Nicht Wirtschaft, Profitmaximierung und Schnellschnell, sondern  
368 Lebensqualität, soziales Miteinander und Nachhaltigkeit müssen hierbei im  
369 Zentrum stehen.

370 Strukturelle Benachteiligungen müssen bekämpft werden und dürfen sich nicht im  
371 Stadtraum wiederfinden. Deshalb sprechen wir uns für eine feministische  
372 Verkehrspolitik, eine Einbeziehung aller Mitbürger\*innen und Betroffenen, sowie  
373 eine Stadt für alle aus. Dementsprechend fordern wir eine breite Beteiligung  
374 aller Bevölkerungsgruppen bei der Stadtentwicklung, sowie eine paritätische  
375 Besetzung der Planungsbüros und Behörden. Eine gleichmäßige Repräsentation  
376 verhindert eine einseitige Verkehrspolitik.

377 Aber auch bei der Zukunft des Berliner Verkehrs ist die Stadtplanung von  
378 zentraler Rolle. Neue Viertel, wie das Schumannviertel oder die Siemensstadt  
379 müssen schon jetzt autofrei gestaltet werden, um als Vorzeigekieze zu dienen und  
380 zu zeigen, dass Berlin Verkehrswende kann. Wir fordern, dass diese und alle  
381 Planungen von Vierteln und Kiezen unter dem Aspekt der autofreien Stadt  
382 stattfinden. Alltagsbedürfnisse müssen zu Fuß zu erledigen sein und soziale  
383 Begegnungsorte geschaffen werden. Wenn wir von Anfang an Einrichtungen,  
384 Geschäfte und anderes in den Kiezen planen, wird der Übergang zum autofreien  
385 Kiez deutlich einfacher sein.

386 Ein weiterer zentraler Punkt in der Stadtplanung ist das Konzept der  
387 Intermodalität. Nur wenn sowohl in der Planung von Vierteln, als auch in der  
388 allgemeinen verkehrspolitischen Strategie einfache Kombinationen von  
389 verschiedenen, umweltfreundlichen Verkehrsmitteln im Zentrum steht, können diese  
390 eine attraktive Alternative darstellen. Somit kann man dann beispielsweise mit  
391 der U-Bahn fahren und die letzten Meter von der Zielstation mit einem Leihrad  
392 oder ähnlichem zurücklegen. Wir fordern deshalb, dass Verkehrspolitik intermodal  
393 gedacht wird und insbesondere der Umweltverbund durch eine für Nutzer\*innen  
394 kostengünstige Kombinationsmöglichkeit an Attraktivität gewinnt. Das Angebot an  
395 Park and Ride, sowie Bike and Ride Möglichkeiten muss ausgebaut und die  
396 dazugehörige Infrastruktur geschaffen werden.

397 Ein Ausbau von Autostraßen oder von Autobahnen in Berlin lehnen wir kategorisch  
398 ab. Infrastruktur kann auch Verkehr schaffen - insofern wäre ein weiterer Ausbau  
399 ein Schritt hin zu mehr Autoverkehr in Berlin, welchen wir äußerst kritisch  
400 sehen.

#### 401 Wirtschaftsverkehr? Rolllt bei Dir.

402 Berlin ist eine Großstadt und hat umfangreiche Waren- und Dienstleistungsströme,  
403 die täglich durch die Stadt gehen. Jedoch passen Lkws als sperrige Fahrzeuge  
404 nicht nur schwer in das Stadtbild und gefährden aktuell viele Radfahrer\*innen,  
405 sondern sind auch ein klimaschädlicher Faktor für den Wirtschaftsverkehr der  
406 Stadt.

407 Das Projekt der KoMoDo (Kooperative Nutzung von Mikro-Depots durch  
408 die Kurier-, Express-, Paket-Branche für den nachhaltigen Einsatz von  
409 Lastenrädern in Berlin) und weitere) ist bereits ein guter Ansatz, um zumindest  
410 den Verkehr der letzten Meter umweltfreundlich zu gestalten. Dieser Ansatz muss  
411 fortgeführt und auf alle Bezirke ausgedehnt werden.

412 Dennoch muss auch der Güterstrom nach Berlin anders verlaufen. Die Aufgabe von  
413 Güterbahnhöfen, sowie den Lkw-lastigen Warenverkehr sehen wir kritisch. Wir  
414 fordern, dass der Schienenverkehr eine zentrale Rolle in der Versorgung Berlins  
415 einnehmen muss. Logistikzentren und Gewerbegebiete müssen einen Bahnanschluss  
416 haben und durch diesen einen Großteil ihrer Waren beziehen. Bahnanschlüsse  
417 müssen deshalb für neue Gewerbegebiete geplant und bei bestehenden Gebieten  
418 reaktiviert werden.

419 Innerhalb der Stadt müssen Lastenräder eine zentrale Rolle beim Lieferverkehr  
420 einnehmen. Elektrische Kleintransporter dürfen nur in unausweichlichen Fällen  
421 eingesetzt werden.

422 Die Verwaltung muss mit positivem Beispiel vorangehen. Bis 2025 muss der  
423 komplette Fuhrpark der Verwaltung emissionsfrei und ein Vorbild für  
424 klimaneutralen urbanen Verkehr sein.

#### 425 Guck nicht wie ein Auto - Steig um!

426 Die Autofreie Stadt kann nur erreicht werden, wenn es einen massiven Umstieg vom  
427 Auto auf den Umweltverbund gibt. Während die genannten, attraktiven Alternativen  
428 ein Mittel hierfür sein können, müssen auch weitere Maßnahmen ergriffen werden,  
429 um gegen die ungleiche Aufteilung des öffentlichen Raumes vorzugehen und einen  
430 klimaneutralen Verkehr aktiv zu gestalten.

431 Zentral ist hierfür die Frage der Parkplätze. Aktuell ist ein Großteil aller  
432 Berliner Parkplatzflächen für Autofahrer\*innen kostenlos nutzbar.  
433 Parkraumbewirtschaftung existiert vor allem im Innenstadtring, ist jedoch nicht  
434 sonderlich teuer und kann durch einen günstigen Anwohner\*innenausweis umgangen  
435 werden. Um diese unnötige Subventionierung zu beenden fordern wir eine  
436 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf die ganze Stadt, sowie eine Erhöhung  
437 der Parkgebühren und eine Orientierung des Anwohner\*innenparkausweises am  
438 Mietspiegel. Außerdem fordern wir, dass Berlin sich auf Bundesebene dafür  
439 einsetzt, dass die Strafe für Parken ohne Fahrschein mindestens so hoch  
440 ausfällt, wie die aktuellen Strafen für Beförderungserschleichung.

441 Zudem fordern wir die Reduzierung aller Berliner Parkplatzflächen um 50% nach  
442 Pariser Vorbild. 20% der verbleibenden Flächen sollen für Sharingangebote  
443 genutzt werden. Liefer- und Ladezonen müssen berücksichtigt werden.

444 Um Unfälle zu verhindern und den Umweltverbund zu stärken fordern wir die  
445 Einführung von Tempo 30 in der gesamten Innenstadt bis 2025. Nur so können wir  
446 Sicherheit im Straßenverkehr garantieren, Staus verhindern und gleichzeitig  
447 einen Umstieg auf den Umweltverbund anregen.

448 Bis zur Umsetzung der autofreien Stadt können auch schon kleine Pilotprojekte  
449 zeigen, wie Kieze ohne Autos sich auswirken werden. Die autofreie  
450 Friedrichstraße ist hierbei eines der zentralen Vorzeigeprojekte, welches wir  
451 als GRÜNE JUGEND begrüßen. Die zeitliche Begrenzung lehnen wir jedoch ab. Wir  
452 fordern eine permanent autofreie Friedrichstraße, sowie ein Pilotprojekt für  
453 eine autofreie Straße pro Bezirk bis 2023.

454 Die temporären Spielstraßen in Friedrichshain-Kreuzberg zeigen deutlich, wie der  
455 Straßenraum für soziale Treffpunkte und Begegnungszonen genutzt werden kann.  
456 Dies sollte ein Beispiel für ganz Berlin sein - ob man als Kind bedenkenlos in  
457 der Straße spielen kann sollte keine Frage des Wohnorts sein. Deshalb fordern  
458 wir die Einrichtung von 200 temporären Spielstraßen in ganz Berlin bis 2023.

459 Strategien für den Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund müssen auch  
460 Möglichkeiten beinhalten, wie Autofahrer\*innen Ihr Auto loswerden können. Da es  
461 nichts bringt, wenn diese ihren Pkw innerhalb von Berlin verkaufen, fordern wir  
462 deshalb eine Umstiegsprämie für den Autoexportverkauf oder die permanente  
463 Aufgabe eines Autos. Ehemalige Autobesitzer\*innen sollen abhängig vom Kaufpreis  
464 eine einmalige Geldsumme gutgeschrieben bekommen, die sie entweder für ein ÖPNV-  
465 (Familien)ticket, stationäres Car-Sharing, Bike-Sharing oder den Kauf eines  
466 Fahrrads, Lastenrads oder E-Bikes nutzen können. Zudem fordern wir ein  
467 Belohnungssystem nach Tübinger Vorbild für Berliner\*innen, die sich zu einem  
468 autofreien Jahr verpflichten.

469 Um einen freiwilligen Umstieg zu erleichtern, fordern wir außerdem die  
470 Einrichtung eines offiziellen Online-Kosten-Rechner, welche die jährlichen  
471 Kosten für den Besitz eines Autos mit den anfallenden Kosten für die Nutzung des  
472 Umweltverbunds vergleicht, um auch die ökonomischen Vorteile einer  
473 emissionsfreien Verhaltensweise im Verkehr sichtbar zu machen.

## Begründung

Erfolgt mündlich

## A23NEU Verschwörungsideologien sind keine Meinung

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

- 1 Mit diesem Antrag positioniert sich die Grüne Jugend Berlin gegen sämtliche  
2 Verschwörungsideologien, die in den demokratischen Diskurs einziehen.  
3 Verschwörungsideologien, beispielsweise die Vorstellung, dass Politiker\*innen  
4 eigentlich Eidechsen seien, sind keine Meinung, die eine Berechtigung haben als  
5 solche anerkannt zu werden. Stattdessen führen sie dazu, dass Menschen sich von  
6 dem politischen Diskurs abwenden und in sogenannten Filterblasen leben. Auch  
7 wenn einige dieser Verschwörungstheorien auf den ersten Blick albern oder sehr  
8 absurd wirken, darf man die reale Gefahr, die von ihnen ausgeht, nicht  
9 unterschätzen.
- 10 Insbesondere in der Kombination mit menschenfeindlichen Ideologien wie (anti-  
11 asiatischem) Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus und / oder  
12 rechtsesoterischem Denken stellen Verschwörungsideologie eine besondere Gefahr  
13 für die Demokratie dar. Zudem gibt es mit der AfD erstmals eine Partei in den  
14 Parlamenten, die einen institutionellen Anknüpfungspunkt für solche kruden  
15 Gedanken bietet. Das zeigt, dass auch bei Verschwörungsideologien die Gefahr  
16 hauptsächlich aus dem rechten Spektrum kommt. Allerdings ist es wichtig  
17 anzuerkennen, dass Verschwörungsideologien sich nicht ausschließlich durch die  
18 klassische links-rechts-Dichotomie verstehen lassen. Aus diesem Grund  
19 positioniert sich die Grüne Jugend durch diesen Antrag gegen sämtliche  
20 Verschwörungsideologien, auch solche, die gerade für das grüne Milieu besonders  
21 anschlussbar sind.
- 22 Das bedeutet eine klare - ablehnende - Haltung zu Homöopathie und anderen  
23 pseudowissenschaftlichen Ansätzen einzunehmen. Diese können Nährboden für  
24 Verschwörungstheorien sein und basieren auf einer sehr ähnlichen Nicht-  
25 Argumentationsstruktur. Wissenschaftlichen Erkenntnissen werden gefühlte  
26 Wahrheiten entgegengebracht, die keinerlei (statistisch relevante) empirische  
27 Grundlage besitzen. Das führt zu einer Verunmöglichung der Debatte und kann im  
28 Falle der Homöopathie tödlich enden, wenn eine "normale" Behandlung nicht  
29 angenommen wird. Deshalb fordern wir Bündnis90/Die Grünen auf, auch zu diesem  
30 Thema eine eindeutige Positionierung zu vertreten.
- 31 Wir fordern eine breite Aufklärungskampagne und die strikte Kennzeichnung  
32 verschwörungsideologischer Inhalte in sozialen Medien. Es braucht eine breite  
33 gesellschaftliche Debatte über die Gefährlichkeit von Verschwörungsideologien.
- 34 Nicht erst seit Corona sind Verschwörungsideologien eine Gefahr für die  
35 Demokratie. Doch seit vermehrt gegen die Einschränkungen protestiert wird sind  
36 sie deutlich gefährlicher geworden. Die sogenannten Hygiene-Demonstrationen für  
37 die Freiheit, die in Berlin und anderen großen Städten stattfinden, stehen  
38 symptomatisch für diese Gefahr.
- 39 Wir fordern daher auch, dass die Maskenpflicht und die Abstandsregelungen auf  
40 diesen Demonstrationen eingehalten werden müssen. Statt links-alternative Räume  
41 wie das Syndikat zu räumen, sollte die Polizei ihre Kapazitäten darauf verwenden  
42 diese Demonstrationen kritisch zu begleiten.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## A24NEU Feministisch ins Superwahljahr 2021!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Feministisch ins Superwahljahr 2021!

2 Egal ob auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene - Unsere queerfeministischen  
3 Kämpfe müssen überall und radikal geführt werden, um das Patriarchat endlich zu  
4 überwinden.

5 Feminismus - queer, intersektional und trans\*inklusiv.

6 Die GRÜNE JUGEND Berlin setzt sich für die Anerkennung und  
7 Gleichstellung/berechtigung aller Geschlechtsidentitäten und sexuellen  
8 Orientierungen ein. Wir kämpfen für die Rechte auf sexuelle und körperliche  
9 Selbstbestimmung von Frauen, Inter, nicht-binär und Trans\*-Personen.

10 Ein Feminismus, der FINT\*-Gruppen von dem Recht auf sexuelle und körperliche  
11 Selbstbestimmung ausschließt, ist für uns kein Feminismus.

12 Wir positionieren uns klar gegen TERFs (trans-exclusionary radical feminists)  
13 und solidarisieren uns mit Sexarbeiter\*innen.

14 Rechte auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung

15 • Misogyne Gesetze sollen Personen mit Uterus in unterdrückten Rollen halten  
16 und patriarchale Strukturen aufrechterhalten. Daher fordern wir allen  
17 FINT\*-Personen das Recht über ihren eigenen Körper uneingeschränkt zu  
18 gewähren. Das Recht, eine Schwangerschaft abzubrechen, ist Teil der  
19 sexuellen und körperlichen Selbstbestimmung.

20 • Sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gehört zur medizinischen  
21 Grundversorgung und muss auch in Krisenzeiten zugänglich sein.

22 • - Die Beratungspflicht und die Wartezeit müssen ab sofort und für den  
23 kommenden Zeitraum ausgesetzt werden. Das Beratungsrecht muss immer und  
24 kontaktlos gewährleistet werden.

25 • - Wir brauchen niedrigschwellige und unbürokratische Lösungen für die  
26 Kostenübernahme (z.B. Online-Anträge für Kostenübernahme bei den  
27 Krankenkassen).

28 • - Der sogenannter Home-Use von medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen  
29 mit telemedizinischer Begleitung muss geprüft und gegebenenfalls erlaubt  
30 werden (nach Richtlinien der WHO)

31 • Schwangerschaftskonfliktberatungen sind wichtig und gut, wenn sie nicht  
32 verpflichtend sind. Beratungsstellen, die nachweislich keine  
33 ergebnisoffene Beratung anbieten, sollten überprüft werden. Die  
34 Beratungsstellen im Land Berlin müssen ergebnisoffen sein und dürfen nicht

35 von Abtreibungsgebner\*innen durch ideologische Beratung vereinnahmt  
36 werden.

- 37 • Was mit dem Inhalt eines Uterus passiert, geschieht auch mit dem  
38 zugehörigen Körper. Das Recht der Schwangeren Person auf ein  
39 selbstbestimmtes Leben und sexuelle Selbstbestimmung darf unter keinen  
40 Umständen beschränkt werden. Wir fordern die Streichung von §218 und §219  
41 aus dem Strafgesetzbuch.
- 42 • Sowohl medikamentöse als auch operative Abbrüche müssen als Kassenleistung  
43 und ohne Einschränkung von diesen übernommen werden. Der Zugang zu  
44 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen darf keine Frage des Geldbeutels sein!
- 45 • Wir fordern eine Auseinandersetzung mit etwaigen Versorgungsdefiziten in  
46 Berlin und Umgebung. Um eine flächendeckende Infrastruktur in ganz  
47 Deutschland zu gewähren, sollte eine Kooperation und Unterstützung der der  
48 Infrastruktur in den umliegenden Bundesländern geprüft werden. Die  
49 Finanzierung von ausreichend vielen qualifizierten Beratungsstellen muss  
50 das Land Berlin langfristig sichern.
- 51 • Solange die Beratungspflicht nicht abgeschafft ist, muss eine  
52 flächendeckende Beratungsinfrastruktur gewährleistet sein.
- 53 • Schwangerschaftsabbruch in die medizinische Lehre, Praxis sowie  
54 Gesundheitsforschung integrieren, um die Versorgungssituation und  
55 Wissensstände zu verbessern.

#### 56 Antirassistisch und intersektional

- 57 • „Die „Pro-Choice“ Bewegung, gerade im deutschen Kontext, bezieht sich  
58 häufig nur auf das Recht einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen.  
59 Dabei wird außer Acht gelassen, dass für BIPOC, queere Personen oder  
60 be\_hinderte Menschen die Verknüpfung von pro-choice mit dem Recht auf  
61 Abtreibung oft zu kurz greift.
- 62 BIPOC, queere und be\_hinderte Menschen mit Uterus erfahren insbesondere  
63 Diskriminierung im Zusammenhang mit sexueller und körperlicher  
64 Selbstbestimmung, die über einen versperrten Zugang zu  
65 Schwangerschaftsabbrüchen hinausgeht. Die mangelhafte gesundheitliche  
66 Versorgung, Kriminalisierung ihrer Schwangerschaft oder eines  
67 Familiengründungswunsches und Drängen zur Schwangerschaft, sind weitere  
68 Beschneidungen von sexuellen Selbstbestimmungsrechten. Die GRÜNE JUGEND  
69 Berlin unterstützt das aus der Schwarzen feministischen Bewegung stammende  
70 Konzept „Reproductive Justice“, um die Perspektiven außerhalb der weißen,  
71 hetreonormativen und able-bodied Norm sichtbar zu machen.“
- 72 • Der Kampf für sexueller Selbstbestimmung muss antirassistisch und  
73 intersektional gedacht und geführt werden. Wir müssen uns von Denk- und  
74 Handlungsmustern des weißen Feminismus emanzipieren.
- 75 • Neutralitätsgesetz muss abgeschafft werden



76 Patriarchale Wissenschaft, Forschung und Bildung überwinden

- 77 • Die Forschung und Wissenschaft darf nicht länger von der cis-männlichen  
78 Sichtweise und der cis-männlichen, heteronormativen "Norm" dominiert  
79 werden.
- 80 • Schul- und Medizinbücher müssen die Klitoris aufnehmen und abbilden.  
81 Bildungseinrichtungen müssen zur Enttabuisierung der vermeintlich  
82 „weiblichen“ Geschlechtsorgane und Lust beitragen. Das Thema sexuelle  
83 Aufklärung muss eine größere Rolle in der Schule spielen.
- 84 • Solange in Schulbüchern immer noch von „Schammlippen“ die Rede ist, werden  
85 sich auch weiterhin Menschen für ihre Vulva schämen. Daher „Vulvalippen“  
86 in den Duden!
- 87 • Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Berliner  
88 Bildungseinrichtungen. Queere Aufklärungsprojekte sollten stärker  
89 staatlich gefördert werden.

90 Datenerfassung - Gender Data Gap überwinden

- 91 • Die geschlechterbezogene Lücke in wissenschaftlichen Daten, Gender Data  
92 Gap muss überwunden werden. Sie ist Grundlage für ganz alltägliche Folgen  
93 einer Politik, die aus einer cis-männlichen Perspektive gemacht wurde und  
94 wird.

95 Geschlechterungerechtigkeit im Gesundheitssystem überwinden

- 96 • Kostenlose Verhütungsmittel für alle. Die Bereitstellung dafür soll durch  
97 Gesundheitsämter und Apotheken gewährleistet sein.
- 98 • Die Menstruation ist kein Luxus. Die Absenkung der Mehrwertsteuer von 19%  
99 auf 7% ist ein erster Schritt gewesen. Doch langfristig sollen Steuern auf  
100 Menstruationsprodukte komplett abgeschafft werden. Kostenlose  
101 Zurverfügungstellung von Menstruationsprodukten auch in öffentlichen  
102 Einrichtungen (z.B. an öffentlichen Toiletten und in den Berliner  
103 Gesundheitsämtern sowie an Apotheken)
- 104 • Paritätische Besetzung und damit eine FINT\*quote für Führungspositionen  
105 und Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens, in den Vorständen der  
106 Krankenkassen, Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.
- 107 • Forschungsgelder gerecht verteilen. Dabei sollen sowohl Projekte von  
108 Forscher\*innen als auch Forschungsvorhaben, die sich explizit mit  
109 FLINT\*gesundheit oder der Gesundheitsversorgung von trans Personen  
110 beschäftigen besonders berücksichtigt werden.
- 111 • Feministische Medizinkritik soll außerdem fester Bestandteil im  
112 Medizinstudium werden.

### 113 Digitale Gewalt

- 114 • Berlin muss Beratungsangebote für Betroffene sexualisierter Online Gewalt  
115 schaffen.
- 116 • Der zunehmenden Hasskriminalität im Internet muss stärker nachgegangen  
117 werden.

### 118 Catcalling

- 119 • Verbale sexuelle Belästigung (Catcalling) ist bisher in Deutschland kein  
120 eigener Straftatbestand. Es wird Zeit Catcalling gesetzlich strafbar zu  
121 machen, z.B. Catcalling Fälle als Straftat zu ahnden.
- 122 • Auch Stalking soll Straftatbestand werden.

### 123 Femizide

- 124 • Ein Femizid ist keine "Beziehungstat" oder "Eifersuchtsdrama", es handelt  
125 sich schlichtweg um einen Mord an einer Frau, weil sie eine Frau ist.  
126 Femizide sind ein großes Problem, trotzdem wird nicht angemessen darauf  
127 reagiert. Jeden Tag versucht ein Mann seine Partnerin oder Ex-Partnerin  
128 umzubringen. An jedem dritten Tag gelingt das. 2019 endete Gewalt gegen  
129 Frauen 111 mal tödlich. Femizide müssen auch aus einer innenpolitischen  
130 Perspektive gesehen werden.
- 131 • Gemäß der Istanbul Konvention "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung  
132 und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt", die seit  
133 Anfang Februar 2018 in Deutschland gilt, müssen Betroffene von  
134 geschlechtsbezogener Gewalt jeder Form geschützt und als Straftat  
135 eingestuft werden. Wir fordern diese auch in Deutschland endlich  
136 konsequent umzusetzen! Der polnische und türkische Austritt aus der  
137 Istanbul Konvention ist nicht mit europäischen Werten vereinbar.
- 138 • Trennungstötungen dürfen nicht milder bestraft werden, wie es aktuell oft  
139 der Fall ist. Die Schwere eines Femizids muss anerkannt werden.

### 140 Sexualisierte und häusliche Gewalt

- 141 • Flächendeckende Infrastruktur an Einrichtungen und Beratungsstellen für  
142 Betroffene von sexualisierter und häuslicher Gewalt in Berlin.
- 143 • Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung bei geschlechtsspezifischer  
144 Gewalt

145 → Berlin braucht ausreichend Frauenhausplätze und individuelle finanzielle  
146 Unterstützung. Hier muss es auch Angebote für trans Personen geben

### 147 Gender Budgeting

### 148 Finanzen

- 149 • Alle öffentlichen Gelder müssen z.B. nach dem Prinzip des Gender Budgeting  
150 konsequent geschlechtergerecht verteilt werden. Bei der Umsetzung des

151 Gender Budgeting muss darauf geachtet werden, dass dies nicht zu einer  
152 Verfestigung des binären Systems führt. FINTA\*-Personen und marginalisiert  
153 Gruppe gezielt fördern.

154 • Gender Pay Gap schließen

155 • Ehegattensplitting abschaffen

#### 156 Queerfeministische Politik

157 • Die Perspektive von FINT\*-Personen muss in allen Bereichen nach dem  
158 Prinzip des Gender Mainstreaming mitgedacht und einbezogen werden. Egal ob  
159 in der Stadtplanung, bei der Mobilitätspolitik oder in der  
160 Gesundheitspolitik! Die Umsetzung des Gender Mainstreaming darf jedoch  
161 nicht dazu führen, das bestehende binäre System zu verfestigen. Vielmehr  
162 muss darauf geachtet werden, dass bei der Umsetzung auf alle  
163 Geschlechtsidentitäten Rücksicht genommen wird.

#### 164 Lohnarbeit, Prekäre Arbeitsbedingungen und Care-Arbeit

165 • Care-Berufe, die vor allem FINT\*-Personen ausüben, brauchen bessere  
166 Arbeitsbedingungen. Jede dritte Frau arbeitet im Fürsorgebereich.  
167 Erzieher\*innen, Hebammen, Kranken- und Altenpfleger\*innen brauchen ein  
168 angemessenes Mitspracherecht, mehr Gehalt, mehr Personal und eine  
169 Arbeitszeitverkürzung im Pflegebereich.

170 • Frauen\* und Queers übernehmen weiterhin den Großteil der nicht entlohnten  
171 Sorge-, Erziehungs- und Haushaltstätigkeiten. Diese Doppelbelastung wird  
172 bisher nicht entlohnt und ist häufig unsichtbar. Care-Arbeit von FINT\*-  
173 Personen muss endlich als systemrelevant angesehen und entlohnt werden  
174 (z.B. über das Bedingungslose Grundeinkommen.)

#### 175 Altersarmut

176 • Rentnerinnen haben eine 53% geringere Rente als Rentner. Altersarmut ist  
177 weiblich. Wir fordern ein gerechteres Rentensystem beispielsweise durch  
178 eine bedingungslose Grundrente!

179 • Das Armutsrisiko Alleinerziehender ist doppelt so hoch wie im Durchschnitt  
180 der Bevölkerung. Unter 1,5 Mio Alleinerziehenden in Deutschland sind 90%  
181 Frauen\* - Alleinerziehende brauchen mehr Unterstützung!

182 • FINT\*-Personen arbeiten häufiger in Teilzeit, im Niedriglohnsektor und  
183 leisten mehr unbezahlte Care-Arbeit und arbeiten häufig in prekären  
184 Arbeitsverhältnissen.

## A25NEU Alerta, Alerta - Antifaschistische Arbeit stärken!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

- 1 Ein Rechtsruck geht durch ganz Europa. Aber wir müssen dagegen halten!  
2 In vielen europäischen Ländern erstarken rechte Parteien, an der europäischen  
3 Außengrenze zeigt die EU, dass Menschenrechte anscheinend doch nicht für alle  
4 gelten.  
5 In Deutschland erleben wir seit Monaten rechtsextreme Anschläge, sei es der Mord  
6 an Walter Lübcke, der Anschlag auf eine Synagoge in Halle oder der Anschlag in  
7 Hanau. Aber auch bei uns in Berlin gab es jahrelang rechten Terror in Neukölln,  
8 der immer noch nicht aufgeklärt ist.  
9 Deshalb müssen wir uns weiterhin antifaschistisch organisieren und  
10 antifaschistische Arbeit unterstützen.
- 11 Antifaschismus...
- 12 • muss gemeinnützig sein
    - 13 ◦ Der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der  
14 Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) muss die  
15 Gemeinnützigkeit wieder anerkannt werden
    - 16 ◦ Die Grüne Jugend Berlin schließt sich den Forderungen der "Allianz  
17 Rechtssicherheit für politische Willensbildung" an. Dieser  
18 Zusammenschluss verschiedener Vereine und Organisationen hat einen  
19 Forderungskatalog für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht  
20 ausgearbeitet.
  - 21 • bedeutet, die Zivilgesellschaft zu stärken
    - 22 ◦ Projekte wie „Demokratie leben!“ etc zu finanzieren
    - 23 ◦ Initiativen, wie zum Beispiel Opferberatungsstellen finanziell  
24 unterstützen (Reach Out, Registerstellen...)
    - 25 ◦ Zivilgesellschaft benötigt Hauptamt und natürlich eine entsprechende  
26 (räumliche) Ausstattung. Um hier Planungssicherheit zu schaffen und  
27 nicht einen zusätzlichen bürokratischen Mehraufwand zu schaffen  
28 benötigen Initiativen stetige Finanzierung und nicht einen  
29 Projektopf nach em anderen.
  - 30 • bedeutet, Bildungsarbeit zu leisten
    - 31 ◦ Bildung findet nicht nur in, sondern auch außerhalb der Schule  
32 statt. Hier ist es wichtig Jugendverbände und ihre Trägerstrukturen  
33 finanziell zu stärken

- 34           ◦ Antifaschismus in den Regelunterricht! Nazis gab es nicht nur  
35           während der NS-Zeit. Um dieser Realität gerecht zu werden, muss in  
36           der Schule auch die jüngere Vergangenheit aufgearbeitet werden  
37           (bspw. die Thematisierung von Anschlägen wie Rostock-Lichtenhagen  
38           und eine Auseinandersetzung mit dem NSU). Außerdem sollte eine  
39           Sensibilisierung für die Perspektive von Betroffenen rechter Gewalt  
40           und diskriminierenden Strukturen angestrebt werden.
- 41           • bedeutet, Erinnerungskultur aufrecht zu erhalten
- 42           ◦ Gedenkorte in Berlin, die an rassistische Gewaltverbrechen der  
43           Vergangenheit erinnern, bekannter machen und fördern. Damit diese  
44           Taten nie vergessen werden
- 45           ◦ Umbenennung von Straßen, Plätzen, etc. die Kolonialverbrecher ehren
- 46           • bedeutet, linke Freiräume zu erhalten
- 47           ◦ sofortiger Räumungsstopp
- 48           ◦ Erhalt und Ausbau bestehender Strukturen
- 49           • muss in den staatlichen Institutionen (v.a. Sicherheitsbehörden) verankert  
50           werden
- 51           ◦ Aufarbeitung bisheriger „Fehler“ (NSU, Neukölln-Komplex, Nordkreuz,  
52           NSU 2.0, ...)
- 53           ◦ Verfassungsschutz abschaffen
- 54           ◦ Polizei grundlegend reformieren (siehe Konzept der GJ Bundesebene)
- 55           ◦ Weg vom „Einzeltäterkonzept“. Die reflexhafte Klassifizierung  
56           rechter Morde als Taten von Einzeltäter\*innen durch konservative  
57           Politiker\*innen und die Sicherheitsbehörden führt zu einer  
58           mangelhaften Bekämpfung militanter, rechter Strukturen. Rechte  
59           Netzwerke müssen als solche benannt und bekämpft werden.
- 60           • benötigt ein liberales Versammlungsgesetz
- 61           ◦ Vermummungsverbot abschaffen
- 62           ◦ deeskalierende und verhältnismäßige Polizeieinsätze
- 63           • bedeutet, für Menschenrechte einzustehen
- 64           ◦ Abschiebestopp jetzt!
- 65           ◦ Alle Lager evakuieren

- 66           ◦ Frontex abschaffen, Seenotrettung von NGOs fördern und mit  
67           staatlicher Seenotrettung beginnen
- 68       • bedeutet, Nazis keine Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu geben  
69           ◦ Nazischmierereien v.a. in den Außenbezirken konsequent anzeigen und  
70           verfolgen
- 71       • muss feministischer, antirassistischer und inklusiver werden  
72           ◦ gezielt feministische antifaschistische Projekte fördern und  
73           unterstützen
- 74           ◦ gezielt migrantische/ BPoC antifaschistische Projekte fördern und  
75           unterstützen
- 76           ◦ Für Bündnis90/ Die Grünen soll im Bundestag, im Agh und in den BVen  
77           jeweils mind. eine nicht cis-männliche Person im Innenausschuss, bzw.  
78           einem Ausschuss der sich mit Rechtsextremismus und innerer  
79           Sicherheit beschäftigt sitzen
- 80       • muss sich gegen Rassismus, Klassismus, Antisemitismus, Xenophobie,  
81       Homphobie, Antiziganismus, Sexismus und alle weiteren  
82       Diskriminierungsformen stellen
- 83           ◦ Auf der Straße und in den Parlamenten stellen wir uns Diskriminierung  
84           entgegen. Dafür gilt es Bündnisse zu schmieden und die Perspektiven  
85           betroffener Personen zu berücksichtigen. Das bedeutet eine  
86           Vernetzung mit und eine Unterstützung von Organisation und  
87           Initiativen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten

## A26 Bürger\*innen Räte als Ergänzung des Parlamentarischen Systems

Antragsteller\*in: Milena Bachmann

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

- 1 Die Repräsentative Demokratie ist das System auf das sich der Großteil der
- 2 Bevölkerung momentan einigen kann.
- 3 Versuche einer direkten Demokratie endeten meist in Populismus.
- 4 Es gibt allerdings noch mehr Modelle der Repräsentativen Demokratie, als das bei
- 5 uns angewandte Parlamentarische System. Parteien sind anfällig für Korruption
- 6 und übermäßiges Vertreten von Partikularinteressen reicher oder besonders großer
- 7 Bevölkerungsgruppen. Im Wahlkampf verfallen viele Parteien nicht selten in
- 8 populistische Argumentationsmuster. Das führt dazu, dass die Bevölkerung sich
- 9 selten wirklich vertreten fühlt. Das politische Engagement in Parteien wird
- 10 außerdem überwiegend von bestimmten akademisch, weiß und männlich geprägten
- 11 Bevölkerungsgruppen ausgeübt.
- 12 Ein anders Modell welches die Repräsentation der gesamten Bevölkerung in
- 13 Entscheidungsprozessen gewährleisten würde sind Bürger\*innen Räte.
- 14 In diesen Räten kommen zufällig ausgewählte Bürger\*innen zusammen um sich mit
- 15 einem konkreten Problem und dessen Lösung zu beschäftigen. Diese sind zeitlich
- 16 begrenzt und finden in einem geschlossenen Rahmen statt um Beeinflussung von
- 17 außen zu verhindern. Damit alle Teilnehmenden eine ähnliche
- 18 Entscheidungsgrundlage haben werden Experten eingeladen die sie über das
- 19 vorliegende Problem und die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten informieren. In
- 20 Diskussionen in Kleingruppen und im Plenum versuchen sie dann zu einer Lösung
- 21 zukommen mit der möglichst viele zufrieden sind und über die zum Ende Abgestimmt
- 22 wird.
- 23 Diese Räte werden nur selten und auch nur als eine Form der
- 24 Bürger\*innenbeteiligung verwendet. Sie werden als eine Beratung für Parlamente
- 25 gesehen deren Ergebnisse zwar eine Richtung aufzeigen jedoch nicht umgesetzt
- 26 werden müssen.
- 27 Die Parlamente durch Bürger\*innen Räte zu ersetzen ist momentan nicht sinnvoll,
- 28 da der Aufwand für alle Aufgaben die der Zeit von Parlamenten übernommen werden
- 29 einen Bürger\*innen Rat einzuberufen einfach zu groß wäre.
- 30 Bei größeren Fragen, die alle Bürger\*innen in einer Kommune, einem Bundesland
- 31 oder in Deutschland über einen langen Zeitraum betreffen oder dessen politischen
- 32 Kurs nachhaltig verändern, wäre es sehr sinnvoll diese unabhängig von
- 33 Parlamenten mit temporär Zusammensetzung zu beantworten.
- 34 Die Grüne Jugend Berlin fordert deshalb:
- 35
  - Bei Entscheidungen die die gesamte Bevölkerung Deutschlands, eines
  - 36 Bundeslandes oder einer Kommune betreffen, sowie Entscheidungen die die

- 37 politische Richtung Deutschlands, des Bundeslandes oder der Kommune  
38 verändern automatisch einen Bürger\*innen Rat einzusetzen
- 39 • Bürger\*innen Räten ein konkrete Entscheidungsgewalt zuzusprechen
  - 40 • Der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben zu Bestimmten Fragen einen  
41 Bürger\*innen Rat einzusetzen, wenn diese ihrer Meinung nach, die genannten  
42 Voraussetzung erfüllt
  - 43 • Die Entscheidungen von Bürger\*innen Räten als politisch bindend  
44 anzuerkennen und mit den Entscheidungen eines Parlaments auf der selben  
45 Ebene gleichzusetzen
  - 46 • ein Amt welches die Verwaltung und Oranisation der Bürger\*innen Räte  
47 übernimmt
  - 48 • Das Schaffen von Stellen in diesem Amt die die Repräsentation  
49 benachteiligter Bevölkerungsgruppen in diesen Räten sicherstellen

## Begründung

Parlamente sind nicht ideal um die Vielschichtigkeit der Bevölkerung zu repräsentieren. Sie wimmeln von weißen akademisch geprägten Menschen, die die Lebenswirklichkeit großer Teile der bevölkerung meist nicht Mal wahrnehmen. Bürger\*innen räte könnten dieses System ergänzen und dafür sorgen, dass sich Menschen wieder repräsentiert fühlen.



## A27 Praxiserfahrung im Lehramts-Master

Gremium: Louis Krüger, Klara Schedlich  
Beschlussdatum: 23.08.2020  
Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 Beim Praxissemester im Masterstudiengang Lehramt werden den Studierenden Schulen  
2 in der Stadt zugewiesen. Diese Verteilung der Studierenden an die jeweiligen  
3 Schulen ist sehr fragwürdig. So müssen viele einen Weg von über einer Stunde  
4 Fahrzeit einplanen um ihre zugeteilte Schule zu erreichen. Hinzu kommt, dass die  
5 Seminarstunden, welche praxisbegleitend stattfinden, an der jeweiligen  
6 Universität stattfinden, was einen enormen Zeitaufwand für jede\*n Studierende\*n  
7 bedeutet. Die Grüne Jugend Berlin fordert daher einen besseren  
8 Verteilungsschlüssel der Studierenden.

9 Zudem ist das Praxissemester komplett unentgeltlich, was eine enorme  
10 Ungerechtigkeit und finanzielle Problematik bei den Studierenden hervorruft. Da  
11 in Berlin viele Studierende neben dem Studium arbeiten müssen, um in dieser  
12 Stadt leben zu können, bedeutet das im Zweifel große Verdienstaufschläge während  
13 des Semesters. Da dreimal die Woche die Schule besucht wird und zudem  
14 Seminarbegleitungen erfolgen, bleibt keine Zeit um einen Nebenjob voll  
15 auszufüllen. Wir fordern, dass die Studierenden während des Praxissemesters  
16 tariflich bezahlt werden, um so das Praxissemester und die damit verbundenen  
17 Erfahrungen zu genießen, anstatt dieses unter finanziellem Druck ausführen zu  
18 müssen.

### Begründung

erfolgt mündlich

## A28 Landeseigene Wohnungsunternehmen stärken!

Antragsteller\*in: Justus Zimmermann, Jun Chen (GJ Berlin)

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

### Antragstext

1 In Berlin gab es im Jahr 2018 insgesamt circa 2.000.000 Wohnungen. Davon waren  
2 1.650.000 Mietwohnbestand. Davon sind fast 200.000 Wohnungen sind in Besitz von  
3 Wohnungsgenossenschaften und 300.000 in städtischem Besitz. Weitere 75.000  
4 Wohnungen sind sonstige Eigentumsformen, wie z.B. kirchliche Wohnungsunternehmen  
5 oder Gemeinschaftsprojekte. Von diesen Wohnungen sind wiederum ca. 25% als  
6 gemeinwohlorientiert anzusehen. Obwohl alle Eigentümer\*innen Artikel 14 des  
7 Grundgesetzes unterliegen, wodurch die Wohnungen "zugleich dem Wohle der  
8 Allgemeinheit dienen", finden auf dem privaten Wohnungsmarkt in Berlin  
9 beispiellose Spekulationen statt.

10 70% Gemeinwohlorientiert bis 2050!

11 Ein Instrument gegen hohe Mieten und Verdrängung, ist den Anteil  
12 gemeinwohlorientierter und kommunaler Wohnungen massiv zu erhöhen. Unser Ziel  
13 ist dabei über 70% des Berliner Wohnungsbestandes bis 2050 gemeinwohlorientiert  
14 sind. Das können Wohnungen in Besitz der landeseigenen Wohnungsunternehmen,  
15 Genossenschaften, Syndikate, geschütztes Wohnsegment und vergesellschaftete  
16 Wohnungen sein. Um dies zu bewerkstelligen gibt es verschiedene Ansätze, welche  
17 sinnvoll kombiniert schnelle und effiziente Ergebnisse zur Folge haben können.

18 Vorkaufsrecht der Bezirke gezielt ausüben und  
19 Abwendungsvereinbarung schärfen!

20 Viele Bezirke machen bereits von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch. Dadurch können  
21 von den Bezirken vergleichsweise einfach gezielt einzelne Häuser aufgekauft  
22 werden, die sonst gegebenenfalls an private Investor\*innen verkauft würden.  
23 Diese Methode ist recht teuer, da sich die Bezirke an den - durch Spekulation in  
24 die Höhe getriebenen - Marktpreisen orientieren müssen. Deswegen fordern wir,  
25 die Kaufpreisberechnung bei der Nutzung des Vorkaufsrechts durch ein Bezirk, zu  
26 verändern. Der Kaufpreis soll sich künftig viel stärker am Verkehrswert des  
27 Grundstücks richten. Spekulativ getriebene Mitnahmeeffekte in der Verkehrs- und  
28 Bodenrichtwertermittlung sollen ausgeschlossen werden. Sollte der Verkaufspreis,  
29 also der Preis, der durch Angebot und Nachfrage auf dem Markt entsteht, um

30 mehr als 5% vom Verkehrswert, also dem Wert, der auf Grundlage von der Art des  
31 Gebäudes und umliegenden ähnlichen Gebäuden ermittelt wird, abweichen, muss der  
32 Verkaufspreis an den Bezirk entsprechend gesenkt werden. Der finale  
33 Verkaufspreis darf nicht mehr als 5% über dem Verkehrswert liegen. Da die  
34 Nutzung des Vorkaufsrechts ein sehr direkter Weg ist, Menschen vor der  
35 Verdrängung aus ihren Kiezen zu schützen. Aus diesem Grund fordern wir alle  
36 Berliner Bezirke auf, intensiver von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und  
37 entsprechende Gebiete als "Milieuschutzgebiete" auszuweisen, um das  
38 Vorkaufsrecht flächendeckend nutzen zu können. Damit die Mieter\*innen wissen,  
39 was bei der Nutzung des Vorkaufsrechts durch den Bezirk auf sie zukommt, sollen

40 diese während des gesamten Prozesses begleitet und transparent informiert  
41 werden.

42 Außerdem soll eine spezielle Ankaufsagentur gegründet werden, welche zentral die  
43 Käufe der Landeseigenen Wohnungsunternehmen koordinieren und die Bezirke berät.

44 Für die Bezirke soll auf Bundesebene ein vergleichbares Werkzeug, wie das  
45 Vorkaufsrecht, geschaffen werden, welches sie auch außerhalb von  
46 Milieuschutzgebieten anwenden können um Häuser zu (re)kommunalisieren.

47 Wird das Vorkaufsrecht über die Unterzeichnung einer Abwendungsvereinbarung  
48 abgewendet, sollen Verdrängungseffekte über die Vertragsinhalte wie die  
49 Beschränkung zur Umwandlung, Nutzungsänderung oder Luxusmodernisierung sowie  
50 Kappung der Modernisierungumlage verhindert werden. Die Grüne Jugend Berlin  
51 fordert die Schärfung der Abwendungsvereinbarung in den Inhalten.

## 52 Die größten Spekulant\*innen auf dem Wohnungsmarkt enteignen!

53 Das prominenteste Beispiel zur Erhöhung der kommunalen Wohnungsbestände ist die  
54 Vergesellschaftung von Wohnraum nach Grundgesetz Artikel 15, wie es die  
55 "Initiative Deutsche Wohnen und co. Enteignen" fordert. Wenn die Initiative  
56 Erfolg hat, würden dadurch auf einen Schlag über 240.000 Wohnungen  
57 kommunalisiert werden. Da die Stadt Berlin bei der Umsetzung eines solchen  
58 Gesetzes, die Hauseigentümer\*innen "nur" angemessen entschädigen und nicht für  
59 den aktuellen Marktpreis aufkommen muss, würde diese Methode recht preiswert  
60 ausfallen. Deswegen fordern wir den rot-rot-grünen Senat auf, ein solches Gesetz  
61 zu verabschieden und mindestens 240.000 Wohnungen den Spekulationen des Marktes  
62 zu entziehen. Weil durch die Enteignung der Anteil des gemeinwohlorientierten  
63 Wohnungsbestandes sprunghaft steigen würde, wäre das Ziel "Berlin 70%  
64 gemeinwohlorientiert bis 2050" deutlich greifbarer.

## 65 Durch mehr Neubau bezahlbare Mieten schaffen!

66 Im Jahr 2018 haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften  
67 ca. 2.000 neue Wohnungen gebaut. In der gleichen Zeit wurde von privaten  
68 Wohnungsunternehmen 10.000 Wohnungen gebaut. Im Verhältnis zu der Zahl ihrer

69 Wohnungsbestände haben somit die landeseigenen und Genossenschaften etwa genau  
70 so viel, wie die privaten Wohnungsunternehmen gebaut. Jedoch wurde von privaten  
71 Wohnungsunternehmen viel im hohen Preissegment gebaut, da dort deutlich höhere  
72 Gewinne erzielt werden können. Diese Wohnungen sind für viele Berliner\*innen  
73 unbezahlbar und tragen nicht zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes bei.  
74 Deswegen fordern wir, dass durch eine Neubau-Offensive der Bestand der  
75 landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften massiv erhöht wird. Bis  
76 2026 sollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen überwiegend im mittleren und  
77 niedrigen Preissegment jährlich 10.000 neue Wohnungen bauen.

78 Ein zentraler Punkt, an dem Neubau aktuell oft scheitert, ist der Fehlende  
79 Boden. In Zukunft wird der Boden in Berlin noch knapper und wahrscheinlich  
80 teurer, weshalb es Landeseigene Wohnungsunternehmen noch schwerer haben werden,  
81 genügend neu zu bauen. Um den Neubau der landeseigenen Wohnungsunternehmen zu  
82 stärken, müsste Berlin stärker eine vorausschauende Bodenpolitik betreiben: Über

83 die vorausschauende Bodenbevorratung bzw. dem strategischen Ankauf von  
84 Grundstücken soll bezahlbarer Wohnraum für die Stadt gesichert werden.

85 **Kritisch mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen umgehen!**

86 Zwar unterliegen die landeseigenen Wohnungsunternehmen strengeren Auflagen als  
87 private Akteure auf dem Wohnungsmarkt. Trotzdem gab es im Jahr 2018 mehr als 300  
88 Zwangsräumungen durch landeseigene Unternehmen. Auch gemeinwohlorientierte  
89 Akteur\*innen bieten also keinen umfassenden Schutz für Mieter\*innen und klagen  
90 zum Teil bis zum letzten Mittel, um diese räumen zu können. Aufgrunddessen  
91 braucht es einen kritischen Umgang mit landeseigenen Wohnungsunternehmen!

92 **Die Landeseigenen transparent und demokratisch machen!**

93 Drei der sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen haben die Rechtsform  
94 "Aktiengesellschaft". Sie unterliegen daher nicht der Kontrolle des Senats  
95 sondern folgen privatwirtschaftlichen und profitorientierten Interessen. Dies  
96 ist weder transparent, noch demokratisch! Daher fordern wir, alle landeseigenen  
97 Wohnungsunternehmen in sogenannte "Anstalten des öffentlichen Rechts"  
98 umzuwandeln. Dadurch wird gesichert, dass deren Handeln dauerhaft im Sinne der  
99 Allgemeinheit erfolgt und einer demokratisch legitimierten Kontrolle unterliegt,  
100 da sie so der politischen Lenkung des .Berliner Senats unterstehen.

101 Aktuell ist die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) die einzige  
102 Gesellschafterin der Landeseigenen Wohnungsunternehmen. Dies gibt dem/der  
103 Finanzsenator\*in unberechtigt viel Gestaltungsmacht für die Wohnungen in der  
104 Stadt. Daher fordern wir, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und  
105 Wohnen (SenStadtWohn) sowie die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klima  
106 (SenUVK) neben SenFin gleichberechtigte

107 Gesellschafterinnen der landeseigenen Wohnungsunternehmen werden. Nur können die  
108 Landeseigenen Wohnungsunternehmen ganzheitlich ihren Auftrag für die Stadt  
109 erfüllen und zur sozialen Stabilität beitragen sowie ihren Beitrag an der  
110 Bekämpfung der Klimakrise leisten.

111 Eine weitere wichtige Rolle bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen spielen  
112 die Mieter\*innen. Diese haben leider aktuell kein bis kaum Mitspracherecht bei  
113 der Planung von Sanierungen oder Neubau. Deswegen fordern wir, dass alle  
114 landeseigenen Wohnungsunternehmen demokratisch gewählte Mieter\*innenbeiräte  
115 etablieren und diesen angemessene Kompetenzen geben. Dies beinhaltet, dass sie  
116 frühzeitig und ernsthaft auf Planungen einfluss nehmen können und außerdem in  
117 bestimmten Fällen ein Vetorecht besitzen.

118 **Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und  
119 den landeseigenen Wohnungsunternehmen zukunftsfähig machen!**

120 Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den landeseigenen  
121 Wohnungsunternehmen soll zur Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen, dazu  
122 zählen die Sicherstellung der Wohnraumversorgung für insbesondere  
123 einkommensschwache Haushalte über die Belegungs- und Preisbindungen sowie  
124 weiterführende Kappungen der Mieterhöhung nach Modernisierungen oder auf das  
125 ortsübliche Niveau.

- 126 Aufgrund zunehmender Verdrängungsprozesse müssen die Quoten für Mietpreis- und  
127 Belegungsbindungen in den städtischen Wohnungen erhöht werden.  
128 Klimawandelbedingte Folgen wie Hitzeinseln oder zunehmende Luft- und  
129 Lärmbelastungen als Folgen der städtischen Verdichtung beeinträchtigen die  
130 gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Um gesunde und lebenswerte Wohnquartiere  
131 zu erhalten und weiterzuentwickeln, sind ökologische Anforderungen an die  
132 Kooperationsvereinbarung sowohl auf den städtischen Bestand als auch an den  
133 Neubau der landeseigenen Wohnungsunternehmen zu stellen.
- 134 Zur Evaluierung der Regelungen der Kooperationsvereinbarung sowie des  
135 wohnungspolitischen Ziels der Sicherstellung der Wohnraumversorgung sind die  
136 Wohnbelastungskosten regelmäßig zu erfassen. Verdrängungsprozesse sollen damit  
137 im Vorfeld unterbunden werden.

## Begründung

Die Grundlage des Antrags wurde im Rahmen der Wohnenkampagne von verschiedenen Personen erarbeitet.